espero

Forum für libertäre Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung

4. Jhrg., Nummer 11/12, November 1997

INHALT:

Espero im Internet:
http://www.berlinet.de/trend/espero

Editorial

Berlin / Neu Wulmstorf, Oktober 1997

Liebe Freunde & Freundinnen,

zügig geht es voran. Wahrscheinlich ist dies die letzte Espero (?) in diesem Jahr (!!!). Und weil so viel Beiträge da waren ist es eben auch eine Doppelnummer, so daß wir halt rechnerisch die vier Nummern in diesem Jahr herausgebracht haben.

Wir wollen an dieser Stelle auch nicht ständig von Geld reden, tun dies doch alle Projekte in unseren Kreisen, trotzdem danken wir allen, die uns auch finanziell unterstützen, wie z.B. ihr Abo verlängern oder neu einrichten. Sicher, wie können (im Moment) auch nicht mit Zeitschriften wie „Schwarzer Faden“ oder „direkte aktion“ auflagenmäßig mithalten, aber der Freundeskreis wächst langsam aber stetig. Vielleicht hat ja auch der eine oder die andere Lust Espero in seinem bzw. ihrem Freundeskreis zu verteilen etc. WiederverkäuferInnen sollten sich bei uns melden (Konditionen siehe unten, dies gilt auch für die Sonderhefte).

So, jetzt wurde doch ein bißchen gejammert, aber es kann nicht oft genug gesagt werden, daß ein derartiges Projekt wie Espero nur von seiner Leserschaft getragen werden kann, und wir in der Regel kostenlos neben unserem Broterwerb für die Espero arbeiten.

Wir denken aber auch, daß es sich lohnt, wie uns einige Zuschriften beweisen, die so voller Lobes sind, daß wir uns nicht trauen sie abzudrucken.

Alles Gute bis - spätestens - zur Nummer 13 im nächsten Jahr.

Impressum:
Redaktion & Abo:
Uwe Timm
Wulmstorfer Moor 34 b
21629 Neu Wulsmtorf

Postgirokonto Hamburg
Kto.Nr. 0253827-207
BLZ 200 100 20
(Uwe Timm)

ABO für 5 Ausgaben:
20,00 DM incl. Versand.

Einzelpreis (incl. Porto)
4,50 DM (in Briefmarken)

WiederverkäuferInnen ab 4 Ex./pro Ausgabe 2,50 DM/Stck. gegen Vorauskasse (incl. Versand).

Endredaktion und V.i.S.d.P.:
JochenKnoblauch
Knobelsdorffstr.8
14059 Berlin

Redaktion in der Schweiz:
André Siegenthaler
c/o Anares
Postfach
CH-3000 Bern 8

Peter Bernhardi

Teufelskreis der Freiheitsstrafe - Zu Liebknechts Entwurf "Gegen die Freiheitsstrafe"

Es ist außerordentlich bedrückend festzustellen, daß Karl Liebknechts Ausführungen zum Problem der Freiheitsstrafe bis heute - rund achtzig Jahre nach der Niederschrift - in allen wesentlichen Punkten aktuell geblieben sind.
Der Entwurf gründet sich nur zu einem sehr geringen Teil auf Liebknechts persönliche Zuchthauserfahrungen in den Jahren 1916 bis 1918 - entscheidend wirkt hier vielmehr seine langjährige Praxis als sozialdemokratischer Rechtsanwalt und Strafverteidiger, der seine Arbeit wie folgt verstand: "Welche Aufgabe des Anwalts wäre höher und heiliger als die, den Schwachen und den Unterdrückten Beistand zu leisten, und zwar um so mehr, je bedrückter der Schwache ist und je mächtiger seine Peiniger und Unterdrücker sind."
Weiter Karl Liebknecht: "Das Verbrechen als soziale Erscheinung kann nicht isoliert, sondern nur im sozialen Gesamtzusammenhang...bekämpft werden..durch Beseitigung

seiner Ursachen, Verstopfung seiner Quellen, durch Bekämpfung des Elends in allen Gestalten, der Unwissenheit, der Verwahrlosung, durch Vermehrung der Selbständigkeit, der freien Energie und des offenen Selbstgefühls."
Das heißt heute wie damals: vorbeugende Verbrechensbekämpfung kann langfristig nur durch grundlegende Veränderung - sprich Vermenschlichung - der gesellschaftlichen Verhältnisse erfolgreich sein. Das bedeutet zugleich, daß die vorbeugende Verbrechensbekämpfung in unserem Lande über hier und da schwach erkennbare Ansätze nicht hinausgekommen ist.
Was Liebknecht im einzelnen für notwendig hielt:
* Man müßte die Gefangenen mit den Menschen der Gesellschaft verknüpfen. Statt dessen trennt man sie radikal von den Menschen, schneidet sie vollends von der Gesellschaft ab, und selbst von ihrer Familie entfernt man sie. Man müßte sie mit den allgemeinen Interessen verbinden, verflechten - statt dessen entfremdet man sie...
* Man müßte sie systematisch an Selbständigkeit gewöhnen, statt dessen zerbricht man dem, was an Selbständigkeit in ihnen steckt systematisch alle Knochen...
* Man müßte sie an (freien) Verkehr mit edlen, pädagogisch gewandten Menschen gewöhnen - ihnen solchen Verkehr zum Bedürfnis machen...
* Man müßte sie an Offenheit und Vertrauen gewöhnen und so alles Gute herauslocken und pflegen.
* Man müßte die Rudimente ihres Selbstvertrauens behüten und planmäßig ausbauen...
* Man müßte sie individuell behandeln und erziehen...
* Man müßte diese an sich sozial geschwächten Individuen zum freien Kampf ums Dasein stärken, kräftigen, aufmuntern...
* Man sollte sie für ihre Familien sorgen, arbeiten lassen...
* Man sollte ihre solidarischen, sozialen Neigungen locken und kräftigen...
Diesen eindringlichen Forderungen Karl Liebknechts sollte sich eigentlich niemand entziehen können. Die Möglichkeiten, diese "Utopie" in die Praxis umzusetzen, sind heute eigentlich wesentlich größer, bleiben aber wei-testgehend ungenutzt. Hier darf nicht verschwiegen werden, daß die in der Öffentlichkeit herrschende Meinung zu Fragen des Strafrechts, des Strafvollzugs und der Resozialisierung teils aus Unkenntnis, teils aus Desinteresse der Bedeutung dieser Fragen nicht gerecht wird, wobei auch an das unselige Erbe der angeblich erfolgreichen Mordjustiz des nazistischen Terrorregimes erinnert sei.
Die "Krönung" - Abschluß und Neubeginn - der heutigen Strafjustiz ist zweifellos die Situation des Strafentlassenen: aus der Vorstrafe wird eine lebenslange Nachstrafe! Dazu Karl Liebknecht: "Man sollte ihnen nach der Entlassung alle Wege ebnen, alle Tore öffnen ... statt dessen bleiben sie stigmatisiert, finden keine Arbeit ... auch die "Fürsorge" zeigt die ganze Hilflosigkeit der heutigen Gesellschaft im Kampf gegen das Verbrechen, fesselt und stigmatisiert, und ist in ihrer heutigen Form ein Krebsschaden, eine Kette, die der Entlassene am Fuß schleppt - byzantinische, heuchlerische, kriechende, devote, bigotte, scheinheilige Kreaturen erzeugend, fördernd.... Kurz: Die soziale Schwächung der Kriminellen wird statt behoben oder gemildert vielmehr verschlimmert und durch die soziale Schwächung oder gar Zerstörung der hilflos gebliebenen Familie ins Rettungslose gesteigert. Teufelkreis der Freiheitsstrafe.

Diese Zeilen beantworten auch die Kostenfrage - wir leisten uns zum höchsten Preis das schlechteste System, damals wie heute.
Fassen wir abschließend Karl Liebknechts Überlegungen noch einmal zusammen: Schwerpunkt der Bemühungen sollte die vorbeugende Verbrechensbekämpfung sein, das heiß die Gesellschaft menschlicher machen! Sozialtherapie - nicht Einkerkerung eröffnet Wege, die zu Lösungen der Probleme führen werden. Wem das zu weit geht, wer das für eine reine Utopie hält, dem sei mit Liebknecht entgegnet: "Wer die Entwicklung jeden Augenblicks bis zur Realisierung der äußersten Möglichkeit zu treiben bestrebt ist....muß Ziel und Richtung seiner Politik weit jenseits nach der äußersten praktischen Möglichkeit nehmen. Das äußerste Mögliche ist nur erreichbar durch das Greifen nach dem Unmöglichen... Die eigentliche und stärkste Politik, das ist die Kunst des Unmöglichen...

Dokumentation

Wir würden gerne in Espero eine breitere Diskussion zum Thema „Abschaffung der Gefängnisse“ führen. Als Dokumentation möchten wir an dieser Stelle zwei kleine Abschnitte aus der Broschüre „Für die Abschaffung der Gefängnisse!“ von Jessica Mitford (S. 22/23) abdrucken (Verlag Büchse der Pandora, Teltge-Westbevern 1977). Der Text wurde im Original erstmals 1973 veröffentlicht. Die Übersetzung stammt von Stefan Blankertz. Es wäre sicherlich noch einiges zum Text zu sagen, aber wir wollen ihn so erstmal stehen lassen. Es ist ein Dokument seiner Zeit, einer sehr politisierten Zeit.

Das Gefängnis als politische Waffe der Herrschenden

In der Tat ist eine Funktion des Gefängnisses, die oft genug geleugnet wird, Zwangsausübung. Die Unterscheidung zwischen Abschreckung und zwang ist bedeutsam. Es ist eine Sache zu sagen, du sollst dies und jenes nicht tun, und es ist eine ganz andere Sache zu sagen, du mußt das und das tun. Ein Beispiel mag das Wehrpflichtgesetz sein: Du mußt dich mustern lassen, du mußt deine Einberufung akzeptieren und du mußt töten, wenn der vorgesetzte Offizier es befiehlt. Die Weigerung, dies zu tun, wird mit Gefangennahme geahndet. Hier ist Gesetz und Gefängnis Mittel des Zwanges für die politische Polizei.
In den 60er Jahren wurde die Funktion der Gefängnisse als Mittel zur politischen Disziplinierung offensichtlich, nicht nur im Hinblick auf Kriegsdienst und Vietnamkrieg, sondern auch im Hinblick auf Vorschriften, wo die Menschen essen, im Bus sitzen, Wasser trinken oder pinkeln dürfen. Die Zahl der Menschen, die bei der Ausübung solcher politischer Gewalt eingesperrt wurden, ging in die Tausende. Der Ausdruck „Politischer Gefangener“ wurde gebräuchlich.

Alle Gefangene sind politische Gefangene

Der Ausdruck „Politische Gefangene“ wurde von Gefangene wurde von Gefangenen übernommen, die für Taten einsitzen, die im gewöhnlichen Sinn nicht als politisch angesehen werden. Sie argumentieren, daß sie Opfer der Klassenherrschaft und/oder der Rassendiskriminierung seien, daß sie durch die Gefangensetzung gezwungen werden sollen, sich dem Status quo der Armut, Unwürde und Ungerechtigkeit zu fügen.

Huey Newton [Black Panther-Aktivist] unterscheidet zwei Arten von politischen Gefangenen: Erstens gibt es die Majorität der Gefangenen, Bastarde des Kapitalismus. Es sind die Arbeitsunfähigen, die Schwarzen, die Braunen und die armen Weißen, die keine Wahl, keine Methode haben, an den guten Dingen des Lebens teilzuhaben, als in die etablierte Welt einzubrechen. Sie mögen kein politisches Bewußtsein haben, aber ihr Angriff auf die Eigentumsordnung, der ja auch die ständige Arbeitslosigkeit bestimmter Volksschichten im Kapitalismus provoziert wird, ist gewissermaßen politisch. Dann gibt es die wahren politischen Gefangenen, diejenigen, die wie die Black Panthers die Rechtmäßigkeit der bestehenden sozialen Ordnung nicht akzeptieren (...), ihnen ist bewußt, warum sie im Gefängnis sind; sie wissen, daß der etablierte Kapitalist von der Ausbeutung der Unterdrückten lebt, daß aber der Bastard des Kapitalismus auch nur eine soziale Ordnung festsetzt, in der die Privilegien einiger auf der Armut und Ohnmacht anderer beruhen. Zahl und Einfluß der wahren politischen Gefangenen wachsen ständig; sie sind eine Gefahr für das Gefängnissystem."...

Jochen Knoblauch

Solidarität mit den inhaftierten AnarchistInnen in Italien!

1. Über die Schwierigkeit mit der Solidarität.

Die Sache mit der Solidarität ist sicherlich nicht immer ganz einfach. Manchmal haben wir uns mit Personen und/oder Bewegungen solidarisiert, die im nachhinein ganz andere Wege gegangen sind, als uns persönlich das lieb gewesen wäre (Solidarnosz in Polen etwa oder div. nationale Befreiungskämpfe etc.). War aber deshalb unsere Solidarität falsch? Hätten wir lieber schweigen sollen, oder etwa die Hände in den Schoß legen sollen? Nein!

Es gibt meines Erachtens auch Fälle, die unserer Solidarität bedürfen, weil es einfach „ungerecht" ist, was passiert. Weil einfach, obwohl ich nicht selbst, oder die anarchistische Bewegung betroffen ist, ein Unrecht geschieht, welches es zu verhindern gilt, bzw. wo es darum geht Aufmerksamkeit auf dieses Unrecht zu lenken. Sicher, die Begriffen Recht oder Unrecht interessieren mich als Anarchisten wenig, solange damit die Norm des Staates gemeint ist, oder eine, von öffentlichen Medien manipulierte Vorstellung vom selbigen.

Vielleicht, oder sogar wahrscheinlich, bin ich noch zu sehr Idealist, um an manchen Dingen vorbeizugehen oder wegzuschauen (ich mische mich längst nicht mehr in jede Querele ein, die so auf der Straße passiert, halte ich auch für falsch, denn ich bin kein Hilfs-sherif). Neben den o.g. Fällen von Solidarität, habe ich mich auch z.B. für das freie Erscheinen der Zeitschrift „radikal" eingesetzt, weil ich gegen Zensur bin. Ich habe mich für Gefangene der RAF eingesetzt, weil ich gegen Gefängnisse prinzipiell bin, und mörderische Sonderbehandlungen aus politischen Gründen sowieso. Ich habe mich für das Erscheinen der „Satanischen Verse" von Salman Rushdie eingesetzt, weil ich für Meinungsfreiheit bin. Dies alles sage ich hier nicht wegen Beweihräucherung meiner Person, das haben auch viele andere getan und es war kein großer Akt. Was ich

damit sagen will, ist, daß es verschiedene Momente gibt, die eine Solidarität fordern, ohne daß es meiner politischen oder gesellschaftlichen Vorstellungen entspricht, und schon gar nicht was Personen, Gruppierungen, oder sonstwer im Nachhinein noch alles macht (denken wir nur an die Solidarnosz, wo Anarchisten unter höchsten Einsatz US-Dollar, ja ganze Druckmaschinen in Einzelteilen nach Polen schmuggelten, und das alles für eine (heute) erzkatholische, rechte Vereinigung). Nein, es gibt keinen Zweifel für mich: die damalige Solidarität war richtig und wichtig - es gibt nichts zu bereuen.

2. Von der Notwendigkeit der Solidarität

Die Erfahrungen der praktischen Solidarität haben mich gelehrt, daß es weniger darum geht großartige Ziele zu erreichen, als vielmehr dem Staat bzw. der herrschenden Macht gegenüber zu demonstrieren, daß jene, die er gerade in der Mangel hat, nicht alleine dastehen, was natürlich für die Betroffenen noch wichtiger ist. Wenn jemand in einer Zwangslage den Staatsorganen ausgeliefert ist, muß er oder sie auch wissen, daß da jemand jenseits der Mauern ist, der an sie oder ihn denkt, ansonsten würde man verrückt werden. Es käme das Gefühl auf, daß man der oder die einzigste wäre, die so oder so denkt, die glaubt, daß irgendetwas nicht stimmt mit dieser Gesellschaft oder diesem Staat.

Die Methode mit der sich Gruppen oder Individuen gegen die Staatsmacht oder die Verhältnisse in dieser Gesellschaft wehren mögen unterschiedlich sein, auch diskutabel. Jeder entscheidet für sich, welche Waffen er wählt, welche Konsequenzen er aus der Existenz dieses verhaßten Staates zieht. Jeder nach seinen Möglichkeiten, jede nach ihren Verhältnissen. Es kann keine allgemeine anarchistische Moral geben, die sagt: Du darfst das tun, oder / und das hast du zu unterlassen.

Auch die Tatsache, daß der Staat, als der momentan Stärkere, Menschen hinter Gitter bringt aufgrund seiner Gesetze, darf uns doch nicht spalten in gute oder böse AnarchistInnen. Es ist nicht meine Sache darüber zu entscheiden, ob jener Anarchist mit seiner gesetzesbrecherischen Tat meinen Vorstellungen von einer Veränderung der Gesellschaft folgt oder nicht. Und wenn jener Anarchist dafür vom Staat verfolgt wird, oder seiner Freiheit beraubt wird, dann ist es erst recht nicht meine Aufgabe ihn dafür auch noch zu beschimpfen oder ihn im Stich zu lassen. Ich stelle mich neben ihn, und vielleicht kann ich in einer ruhigen Minute, wenn wir unter uns sind mit ihm darüber reden, was ich für eine Meinung über die Bekämpfung des Staates habe, aber er hat - meines Erachtens - ein Recht auf meine Solidarität, und sei sie noch so verbal.

3. Von der Schmach der Solidaritätsverweigerung

Nun, ich denke nicht, daß ich ausschließlich moralisiere, wenn ich praktische Solidarität von Anarchisten für Anarchisten einfordere. Es ist eine Überlebensfrage. Und wer

sich mal mit der Naziherrschaft etwa auseinandergesetzt hat, der weiß auch, daß ein Unrecht, welches anderen zugefügt wird morgen eventuell auch gegen mich ausgeübt werden kann. Das ist der springende Punkt, wenn ich heute hier und jetzt Solidarität für die inhaftierten italienischen GenossInnen (vgl. hierzu mein Artikel in Espero Nr. 9/ Februar 1997) fordere.
Wut und Zorn überkam mich als ich von einer der Unterstützerkomitees die Nachricht erhielt, daß es AnarchistInnen gibt, die es für „gefährlich" halten sich mit den italienischen Anarchisten zu solidarisieren, und, Zitat: „das tut uns alles sehr leid, aber über Euch hat man nur die Perspektive des Knastes."
Was heißt das im Klartext? AnarchistInnen bewegen sich *ausschließlich* nur noch im Rahmen vorgegebener Gesetzmäßigkeit? Das darf doch wohl nicht wahr sein. Und warum soll ich nur die Perspektive des Knastes haben? Ich bin frei jederzeit zu entscheiden was ich tue. Ausserdem geht es doch nicht darum mich zu entscheiden, ob ich in den Knast *will* oder nicht. (Meine Mutter hat immer gesagt: Junge, du darfst alles! Du darfst dich nur nicht erwischen lassen.)
Anarchie und Staat ist wie Weihwasser und Teufel (wenn man so will), und wenn sich unsere Bedürfnisse überschneiden kann es eben zum Kampf kommen (mit welchen Mitteln auch immer), und natürlich habe ich auch die Konsequenz für mein Handeln zu tragen. Die trage ich aber vor mir selber nicht vor einem Gericht irgendeines Staates.

4. Fazit

Am 20. 10. 97 beginnt der Prozeß gegen italienische Anarchisten. Es geht um einen Banküberfall. Der Staat macht daraus ein politisches Machtspiel. Dank einer Kronzeugenregelung duplizieren sich die Banküberfälle und die Staatsanwaltschaft will den - in Deutschland vergleichbaren § 129a - zum Einsatz bringen, und die Angeklagten zusätzlich mit Haftstrafen bedrohen.
Dies ist eine Verfahrensweise, die in Deutschland aktive AnarchistInnen ebenso treffen könnte, zumal die Paragraphen ebenso wie Polizei- und Justizapparate zur Terroristenbekämpfung noch existieren, nur eben die Terroristen nicht mehr.
Der Apparat will aber gefüttert werden.
Wer sind dann nach den Terroristen die Nächsten?
Und deshalb ist dies sehr wohl auch ein deutsches Problem, und deshalb ist es sehr wohl ein Problem aller AnarchistInnen.
Solidarität mit den italienischen
AnarchistInnen!

Nachschrift:

Aufgrund neuerer Infos ist der Prozeß auf den 1.12.97 vertagt worden. Den Gefangenen geht es den Umständen entsprechend gut.
Es bleibt natürlich auch noch nachzutragen, daß es auch AnarchistInnen gibt, die Solidararbeit leisten, aber eben anscheinend nicht genug sind (siehe auch Spendenaufruf unter der Rubrik „Mitteilungen"). Fakt ist auch, daß in Deutschland bisher keine der größeren libertären Zeitschriften Stellung zu den Vorkommnissen in Italien genommen haben. So behält trotzalledem mein emotionaler Ausbruch seine Gültigkeit.

Spurensuche:

Ewald Tscheck (St. Ch. Waldecke)

In der Espero Nullnummer hatten wir von St. Ch. Waldecke (ein Anagram aus dem richtigen Namen Ewald Tscheck) einen Artikel (wieder -) abgedruckt samt einer kleinen Auskunft über den Autor aus Infos der Datenbank des Deutschsprachigen Anarchismus (DaDA). Diese waren sehr dürftig. 1976 erschien im ems-kopp-Verlag die Broschüre „Gedanken über Anarchie“[1] mit einem Nachwort von Otto Reimers, der z.B. konstantierte: „Es war ihm [Tscheck], wie einigen anderen Anarchisten und Syndikalisten möglich, noch 1933, als die Nationalsozialisten die politische Macht übernahmen, ins Ausland zu fliehen. Aber auch dort fand er ein bedauerliches Ende“. Das war natürlich Spekulation. Weder Todesdatum noch der Verbleib von Tscheck ab 1933 war anscheinend irgendjemandem bekannt. Reimers erwähnt auch lediglich Tschecks Engagement in der anarchistischen Szene, vor allem als Vortragender in der „Union anarchistischer Vereine Berlin und Umgebung“ und der „Antiautoritären Gemeinschaft“ in Berlin und als Artikelschreiber für die Zeitung „Der Freie Arbeiter“, dem Publikationsorgan der Föderation kommunistischer Anarchisten Deutschlands. Tscheck war ebenfalls bei den Individualanarchisten tätig und deren Zeitschrift „Der Einzige“.
Durch Zufall entdeckte der Historiker Manfred Herzer das Todesdatum von Ewald Tscheck (geb. 16. 1. 1895 in Berlin): und zwar am 15. 3. 1956 in Potsdam. Herzer forscht über die Homosexuellenbewegung in der Tscheck in den 20er Jahren aktiv war, vor allem für die Zeitschrift „Der Eigene“ von Adolf Brandt.[2] Tscheck gründete in Berlin die erste Männerwohngemeinschaft, und führte z.B. den jungen Klaus Mann in die Berliner Literaturszene ein. Diese ganzen Aktivitäten, die z.B. mit dem Kampf gegen den § 175 verbunden waren ignorierte Reimers.
Nachforschungen ergaben nun, daß Tscheck am 17.(!) 3. 1956 in Potsdam an Gasvergiftung gestorben ist. Die Urkundenstelle Potsdam (wo die Todesurkunde ausgestellt worden ist), ebenso wie das Nachlaßgericht wollten irgendwelche Auskünfte geben. Somit warfen sich letztendlich mehr Fragen als Antworten auf: War die Todesursache ein Unfall oder Suizid? Tscheck hatte vermutlich keine Verwandten, wo ist also sein Nachlaß geblieben, es heißt er hätte z.B. ein 700-Seiten-Manuskript verfaßt? Wie hat Tscheck das 3. Reich überlebt, als Schwuler und als kämpferischer Anarchist? Tscheck schrieb noch in den 40er Jahren Briefe aus Berlin-Charlottenburg. Und was bewog ihn nach dem Krieg nach Potsdam zu ziehen?

---

[1] Dieser Artikel von Tscheck ist auch enthalten in: Uwe Timm / St. Ch. Waldecke; Ein Plädoyer für die Freiheit - Gedanken über Anarchie. (Lernziel Anarchie Nr. 16), allerdings ohne das Nachwort von Reimers. Lernziel Anarchie Nr. 16 ist noch lieferbar über die Espero-Redaktion.
Dieser Aufsatz von Tscheck ist heute noch sehr lesenswert.

[2] vgl. hierzu: Marita Keilson-Lauritz; Die Geschichte der eigenen Geschichte - Literatur und Literaturkritik in den Anfängen der Schwulenbewegung. Verlag Rosa Winkel Berlin 1997

Aufgrund der Zeit sind inzwischen viele Spuren verwischt worden. Ich halte jedoch Ewald Tscheck, gerade in der Person, die einen Kampf auf sexueller Ebene wie einen allgemeinen emanzipatorischen führte, für sehr interessant. Weitere Forschungen sind hier noch zu leisten.
Falls jemand noch weitere Informationen und / oder Material zur Person von Ewald Tscheck hat, wende sich bitte an die Berliner Espero-Adresse.

Paul Jordens

Max Stirners deutsch-deutsche Verstaatlichung – ein Schaubeispiel angewandter Polit-Psychologie?

Was die Kirche nicht verhindern kann,
das segnet sie.
Kurt Tucholsky

In zwei Beiträgen zu unserer Zeitschrift (*espero* Nr. 8, S. 23f.: „Die zweite Verstaatlichung von Max Stirner"; sowie kurz in *espero* Nr. 10, S. 30: Präsentation des Sonderheftes zum „Amtlichen Schulanzeiger für Oberfranken" über Max Stirner) sprach Jochen Knoblauch das merkwürdige Phänomen an, daß staatliche Stellen der DDR wie der BRD Max Stirner auffällig viel Aufmerksamkeit widmeten und widmen. Von beiden Deutschlands nacheinander staatlich verordneter Schutz des Grabes, eine durchaus nicht ohne Wohlwollen verfaßte Würdigung in einer „amtlichen" Schriftenreihe ... das gibt in der Tat zu denken. Was steckt dahinter? Folgende Überlegungen könnten dieses Paradoxon vielleicht erklären helfen.

Was die in der Tat widersinnig anmutende Deklaration der Ruhestätte „Sankt Sanchos" zum „Ehrengrab" durch die DDR-Obrigkeit anno 1986 angeht, so fällt auf, daß dieser Akt in eine Zeit fiel, in der die ostdeutsche Staatsführung so manche auf den ersten Blick eigenartige Rehabilitierung gewisser historischer Persönlichkeiten in die Wege leitete. Was es damit auf sich hatte? Nun, als gelernte Staatsuntertanen wissen wir ja nur zu gut, daß ein jeder Staat, der etwas auf sich hält, sich nicht allein auf seine „Staatsgewalt" stützt (pfui, wie barbarisch!), sondern - human, wie man ihn ja hat - seine Bürger (Brecht: „Wer ‚unsere Menschen' sagt, meint es auch so") davon *überzeugen* will, daß ihre ureigenste Bestimmung und ihr einziges Glück darin liege, „seine Bürger" zu sein. Zu diesem Behufe ist es freilich erforderlich, den im Staatspferch Zusammengetriebenen ein gemeinschaftliches Bewußtsein zu geben; den Rahmen hierfür liefert die Zweckkonstruktion namens „Nation" gleich „Staatsvolk", die man zur Trägerin einer vermeintlichen „nationalen Identität", also eines „staatsvolklichen Bewußtseins" emporstilisiert. Und was eignet sich zur Fundierung einer solchen Kollektividentität besser, was beeindruckt die Masse der gutgläubigen Bürgerseelen mehr als jener napoléonische Satz „Jahrtausende blicken auf Euch herab", will sagen: der „Nachweis", daß die Existenz eines Staates gleichsam das zwangsläufige Resultat des Ablaufs historischer Gesetzmäßigkeiten, der Staat selbst die Verkörperung und Vollendung der besten

jahrhundertealten Traditionen sei? (Unser historischer Bundeskanzler versteht sich ja auf's Trefflichste darauf, den Mantel der „Gechichte" über uns alle zu decken.)

Diese mißbräuchliche, bewußtseinsvergewaltigende Instrumentalisierung von „Geschichte", „Kultur" und „Traditionen" durch den Staat – dies möchte ich an dieser Stelle zu bedenken geben – mag uns erbittern, sollte uns aber keinesfalls dahin bringen, diese Dinge von vornherein in Bausch und Bogen geringzuachten! Unser Verhältnis zu Bildung, Geschichte und Kultur sollte vielmehr dem entsprechen, was Max Stirner im „Einzigen" zum Ausdruck brachte: Ich bin nicht bereit, irgend etwas von dem aufzugeben, was in Jahrhunderten von der Menschheit hervorgebracht worden ist[3]; Ich will es Mir nach Kräften „aneignen", um es nutzbringend zu „verwerten", Mich daran zu erfreuen oder daraus zu lernen (was nichts mit „Heiligung" zu tun hat!). Dies ist übrigens ein Aspekt des „Stirnerismus", der gemeinhin in der Diskussion „untergeht". Deshalb mutet es zumindest frag-würdig – in des Wortes ursprünglichster Bedeutung - an, wenn gewisse Nix-Kultura-Bewegungen à la „Punker" sich unmittelbar auf Stirner zurückführen zu dürfen vermeinen, die für mein Empfinden dazu neigen, „Freiheit" mit „arroganter Ignoranz", „Individualität" mit „Effekthascherei" und „Entheiligung des ‚Heiligen'" mit „Hau i alles z'samm" zu verwechseln, und deren „gegen-kultureller" Steinzeit- und Steinwurfanarchismus nicht so sehr von dem aufgeklärten Individualisten Stirner inspiriert zu sein scheint als vielmehr von dem besessenen Renommierbarbaren Pol Pot, der Bibliotheken zu Schweineställen umbauen ließ (wozu brauchte man Bücher in einer Gesellschaft, der eine frustriert-arrogante Clique aus dem „Bürgertum" entlaufener verkrachter Studenten, eine Horde sozialneidischen Lumpenproletariats als „Prätorianergarde" und Fundament eines von neuzeitlich-zivilisatorischer „Verderbnis" freien „neuen Volkes" im Schlepptau, verordnet hatte, daß jeder Lehrer, jeder Arzt, ja schon jeder Nutznießer einer erfolgreichen Schulerziehung als „umzuerziehender" oder aber zu „exterminierender" Feind zu gelten habe), oder aber von dem dekadenten Neubarbarentum transatlantischer Provenienz (alias „American way of life", alias „westliche Wertegemeinschaft"), dessen schillerndste Sumpfblüten hier zu ersprießen scheinen. Wobei die von den in diesen Strömungen Mitschwimmenden so penetrant zur Schau gestellte Arroganz, Grellheit, Lautstärke und primitive Rundumschlag-Destruktivität wohl allzu oft nur ein Versuch ist, sich unter Kaschierung eigener Unsicherheit gleichsam selbst auf ihre - ihnen angeblich so selbstverständliche – „individualistische" Überzeugung „festzunageln", und in vielen Fällen wenig mit „Individualität", mit „Einzigkeit" oder „Eigenheit" im Sinne Stirners zu tun hat – einer (selbst-) konstruktiven „Individualität", die ein eigenes, „positives" Selbstkonzept erfordert und nicht nur ein krampfhaft „negativ"-kontrastierendes, ein *eigenes* Fundament entbehrendes Um-jeden-Preis-irgendwie-anders-sein-Wollen im Verhältnis zu den „Spießern" und „Bürgern", nicht nur ein Negieren um des Negierens, ein Zerstören um des Zerstörens willen. In jenen Kreisen aber werden weithin keine „eigenen", „individuellen" Maßstäbe gesetzt, sondern weitgehend unreflektiert, beinahe mechanisch nur die Maßstäbe der „anderen", der „Bürger" negiert – und damit auf einem Umweg als die eigenen Maßstä-

---

[3]) So sinngemäß Max *Stirner*, *Der Einzige und sein Eigentum*. Mit einem Nachwort hrsg. von Ahlrich Meyer (Reclam UB 3057), Stuttgart 1991, S. 374.

be anerkannt![4] Jene Leute, das steht außer Debatte, haben den gleichen selbstverständlichen Anspruch auf Achtung ihrer selbstgewählten, auf eine Weise sicherlich „individualistischen“ Lebensart wie jedermann und jedefrau (was freilich auf Gegenseitigkeit beruhen sollte) - *Stirner*s Ideen jedoch wird dergleichen, wie mir scheint, nicht gerecht. Ich glaube vielmehr, Stirner wie Mackay - beides gebildete, intellektuelle, in sich ruhende, aller äußerlichen Effekthascherei und allem primitiven Kaputtschlagen abholde Persönlichkeiten - hätten solches Gebaren wohl mit einem ruhigen, ironischen, im Stirner’schen Sinne „empörten“ Lächeln vermerkt. Ganz gewiß ist aber jedem Versuch entgegenzusteuern, „kulturelles Erbe“ zur Untermauerung „fixer Ideen“ wie etwa der etatistisch-machtpolitisch motivierten Heranzüchtung eines überheblichen „Nationalbewußtseins“, gar eines „Nationalstolzes“ zu instrumentalisieren – welch letzterer ja nicht anders denn als qualifizierter Tatbestand der Trittbrettfahrerei zu werten ist: als ob man auf etwas anderes stolz sein könnte als auf das, was man selbst geschaffen hat!

Doch zurück zur „Verstaatlichung“ Stirners durch das Ostberliner Regime. Die als „sozialistischer“ Staat (im Gegensatz zu der nahezu bruchlos an überkommene

[4]) *Stirner*, S. 120: „Wilde Burschen ..., die alle Rücksichten <auf die „Gesetze“ und „Regeln“ der „bürgerlichen Gesellschaft“, Anm. P. J. >aus den Augen setzen, sind *eigentlich* Philister, da bei ihnen wie bei diesen die Rücksichten den Inhalt ihres Treibens bilden, nur daß sie als Bramarbasse sich gegen die Rücksichten auflehnen und negativ verhalten, als Philister später sich ihnen ergeben und positiv dazu verhalten. Um die ‚Rücksichten‘ dreht sich in beiden Fällen ihr gesamtes Tun und Denken, ... der Philister ist ... der zur Besinnung gekommene wilde Geselle, wie dieser der unbesonnene Philister ist.“

„bürgerliche“ Staatstraditionen anknüpfenden BRD) traditionslos „in der Luft hängende“ und von „ihrer“ Bevölkerung ungeliebte DDR sah sich zeit ihres Bestehens mehr noch als ihr westliches Pendant vor das Problem gestellt, einen Platz in der Geschichte zu finden, um ihren Untertanen irgend etwas „Identitätsstiftendes“ bieten zu können, damit diese nicht länger auf das wirtschaftsstärkere, größere und publicityträchtiger-teutschtümelndere westelbische Staatswesen schielten.[5] In den fünfziger Jahren und noch bis in die Sechziger hinein versuchte man zu diesem Behufe eine Art Synthese zwischen dem selbstgesetzten Anspruch, einen konsequenten, ja gleichsam „revolutionären“ Neubeginn in der deutschen Geschichte zu markieren, und der beschriebenen staatspsychologischen Notwendigkeit, sich in eine möglichst eindrucksvolle „Traditionslinie“ einzureihen, indem man sich als geläuterte, „runderneuerte“ Fortführung des (gesamt-)deutschen Nationalstaates, als „einziger rechtmäßiger deutscher Staat“ präsentierte und auf die „allen Deutschen gemeinsame Nationalkultur“ setzte, die „selbstverständlich“ in der DDR am reinsten gepflegt und fortgeführt worden sei. Dann kam – unter dem Eindruck der Ignorierung und Isolierung der „Ostzone“ durch die „westliche Welt“ und insbesondere durch Westdeutschland – gleichsam als „Trotzreaktion“ die Periode der Abgrenzung in den Endsechzigern und Siebzigern mit der Zwei-Nationen-Doktrin: man konstruierte zwei getrennte Traditionsstränge der deutschen Geschichte (einen „reaktionär“-kapitalistischen und einen „fortschrittlich“-sozialistischen) und konnte somit die Entstehung zweier völlig voneinander getrennter, antagonistischer Staaten in dem als „deutsch“ bezeichneten geographischen Raum als eine gesetzmäßige Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit ausgeben. Etwas überspitzt ausgedrückt: Krupp und Wilhelm Zwo gehörten eigentlich schon zur „BRD-Nation“, wohingegen Marx, Engels und Thälmann quasi prototypische DDRler waren. Auf diese Weise wurde die BRD zu einer beinahe gänzlich fremden Welt erklärt, mit der die „DDR-Nation“, unbeschadet gewisser nun einmal auch mit scharfsinnigster marxistischer Dialektik nicht hinwegzuleugnender geschichtlich-kultureller Berührungspunkte, im Grunde so gut wie nichts gemein habe. So wollte man den Blick der DDR-Bürger vom Westen mit seiner „Freiheit“ und seinen Fleischtöpfen weglenken. Unter der ostdeutschen Bevölkerung kam eine solche lächerliche Rabulistik (die obendrein die Substanz an „bewußtseinsbildungstechnisch“ verwertbarem „Traditionsmaterial“ auf ein kaum mehr beeindruckendes Maß schmälerte) freilich nicht so recht an, und so setzte man in den Achtzigern wieder auf die „deutsch-nationale“ Karte, indem man so viel

---

[5]) Zu den Versuchen der DDR, eine „nationale Identität“ zurechtzukonstruieren: Antonia *Grunenberg*, *Bewußtseinslagen und Leitbilder in der DDR*, in: *Deutschland-Handbuch*. Eine doppelte Bilanz 1949-1989. Hrsgg.: Werner *Weidenfeld*/Hartmut *Zimmermann* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 275), Bonn 1989, S. 221-238, hier: S. 222f.; Ilko-Sascha *Kowalczuk*, *Die DDR-Historiker und die deutsche Nation*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 39/96 (20. September 1996), S. 22-30; Johannes *Kuppe*, *Die deutsch-deutschen Beziehungen aus der Sicht der DDR*, in: *Deutschland-Handbuch* (wie *Grunenberg*), S. 551-567; Eckart *Thurich*, *Die Deutschlandpolitik der DDR in der Ära Honecker*, in: *Die Teilung Deutschlands 1955 bis zur Einheit* (Informationen zur politischen Bildung 233), Bonn 1991, S. 20-23; Werner *Weidenfeld*, *Deutschland 1989: Konturen im Rückblick auf vierzig Jahre*, in: *Deutschland-Handbuch* (wie *Grunenberg*), S. 13-31, hier: S. 19; *Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* [von 1976], in: *Programm und Statut der SED* (Seminarmaterial zur Deutschen Frage), Bonn 1988, S. 5-26, hier: S. 19 (Abschnitt „Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur“), 21 (Kapitel „F. Die Entwicklung der sozialistischen Nation“).

wie möglich an „deutschem Kulturerbe“ (zwecks DDR-regionalem „nation building“ bevorzugt solchem, das sich irgendwie territorial mit dem Gebiet der DDR in Verbindung bringen ließ) für die eigene „Legendenbildung“ und „Konstruktion einer DDR-nationalen Identität“ vereinnahmte und es nicht mehr in wesentlichen Teilen allein dem „Klassenfeind“ überließ. Dies ging natürlich nicht ohne abenteuerliche ideologische Verrenkungen ab. So wurde 1983 der bislang - berechtigterweise - als „Fürstenknecht“ scheel angesehene Martin Luther anläßlich seines fünfhundertsten Geburtstages bombastisch geehrt; er war zwar seinem HERRN bzw. HErrn und den ihn, Luther, protégierenden Monarchen stets ein treuer Jünger, Untertan und Apologet gewesen, hatte sich aber immerhin gegen die seinerzeitige korrupte und degenerierte katholische Kirche und ihren Gesinnungsterror erhoben, was ja mit etwas Wohlwollen schon als „fortschrittlich“ eingestuft werden konnte. (So ganz nebenbei konnte man damit die im DDR-Bereich ja noch eine starke Stellung innehabende evangelische Kirche in das DDR-„nation building“ einbeziehen.)[6] Zeitgleich entdeckte man auch im Preußentum „fortschrittliche“ Tendenzen, brachte am Portikus der Deutschen Staatsoper die nach 1945 getilgte Selbstbeweihräucherungsinschrift von Fridericus (nicht Kommissar) Rex wieder an und verfrachtete sogar den Alten Fritz inclusive Pferd höchstselbst zurück unter die Linden.[7] Es liegt zumindest nahe, auch die klandestine Rehabilitierung Stirners in diesem Zusammenhang zu sehen - „Deutsche Ideologie“ hin oder her: Stirners Staatskritik, so könnte man als „Realsozialist“ „dialektisch“ argumentieren, habe sich ja (logischerweise) gegen den „bürgerlichen Staat“ gerichtet, in dessen Rahmen Stirner aufgewachsen sei, und damit sei Stirner irgendwo auch „fortschrittlich“ (im „realsozialistischen“ Sinn des Wortes) und gehöre in die DDR-Tradition. Redensart in Handwerkerkreisen: „Paßt, wackelt und hat Luft.“ Nicht zu vergessen: so ganz nebenbei kann ein Staat ja auf diese Weise „Großmut“ und „Toleranz“ zur Schau stellen.

Nun war das natürlich nicht ganz unproblematisch: der große Staatsverneiner und Antikollektivist als Adoptivkind eines rigoros etatistischen und kollektivistischen Systems. (Kommt uns das nicht bekannt vor? Im „Dritten Reich“, einer gleichfalls [wenn auch natürlich in partiell anderen Formen und mit schlimmeren Folgen] brutal etatistischen und kollektivistischen Zwangsordnung, wurde Ähnliches mit Stirner versucht. Vielleicht ist das zumindest ein Indiz für die Richtigkeit meiner Mutmaßung.) Aber was soll’s: das Regime wird die Ehrung Stirners wohl kaum an die große Glocke gehängt haben, so daß schon von daher ungeziemender Neugier der sozialistischen Bürger vorgebeugt war; sollte doch jemand neugierig geworden sein, wird er den „Einzigen“ kaum in die Hand bekommen haben, denn eine im DDR-Buchhandel frei verfügbare Edition des Werkes gab es nicht, und die wissenschaftlichen Bibliotheken, in denen das Buch natürlich vorhanden war, standen nicht jedem zur Benutzung frei; und sollte gleichwohl irgendwer eine Einsicht in Stirners Ideen erworben haben, die hinaus-

---

6) Siehe etwa Reinhard *Henkys*, *Die Evangelische Kirche in der DDR*, in: *Deutschland-Handbuch* (wie Anm. 3: *Grunenberg*), S. 193-202, hier: S. 193.

7) Siehe etwa Rudolf *Vierhaus*, *Geschichtsbewußtsein in Deutschland*, in: *Deutschland-Handbuch* (wie Anm. 3: *Grunenberg*), S. 86-96, hier: S. 94; N. N., *Das Thema*, in: *Der Wandel des Preußenbildes in den DDR-Medien* (Medienberatung 1), Bonn ^{2}1997, S. 7-9; *Historische Stätten in Berlin.* Hrsg. v. Richard *Schneider*, Berlin (West) 1987, S. 92.

ging über jenes Maß an Wissen, das das Regime den Bürgern allenfalls zur Kenntnisnahme freigegeben hatte und das allein ihm im Interesse der Sicherung seiner selbst gerade noch genehm sein konnte: die „Staatssicherheit“ schlief nicht, und das Grab als mögliches Symbol einer „Opposition der Empörer“ lag im übrigen wohlverborgen im Windschatten des „Schutzwalls“. Somit war die „Sprengladung Stirner“ für DDR-Zwecke (scheinbar) „entschärft“ - getreu der britischen Politikdevise „If you can’t beat them, join them“ (or make them join us).

Und genau das Gleiche geschieht nun heute in diesem unserem (?) Lande von neuem. Die Kokarde „Personalismus“ (alias „Freiheit des Individuums“) wird ja auch vom BRD-System immer wieder gern getragen[8], so daß Stirner (freilich in einer „staats- und gesellschaftsverträglich“ zurechtgestutzten Magermixversion) irgendwie auch als FDGO-Vorkämpfer „durchgeht“; man hofft, wenn der „Einzige“ erst einmal in der „freiheitlich-demokratischen“ Suppe schwimmt, wird er sich früher oder später schon darin auflösen. (Wobei es natürlich nicht einmal ausgeschlossen ist, daß die meisten jener Politiker, deren intellektuelle Kapazitäten ja gelegentlich Anlaß zu Zweifeln geben, gar nicht so recht wissen, wen oder was sie da eigentlich „ehren“.) An uns sollte es sein, da ist Jochen Knoblauch nur beizupflichten, den Chefköchen der Bonn-Berliner Politkantine diese Suppe nach Kräften zu versalzen und Stirner seine wahre Würze zu erhalten. Im übrigen aber sollten wir über die uns so absurd anmutende Reverenz der Exponenten des Staatswahns vor ihrem rigorosesten Negierer mit der ruhigen Erhabenheit des „Empörers“ lächeln - leben wir doch in der Hoffnung, daß sie, die Träger, Schützer und Nutznießer des „Gemeinwesens“, sich damit schon gleichsam den „Strick“ in’s Haus holen, an dem sie – bildhaft gesprochen - eines Tages selbst „baumeln“ werden, auf daß wir dann mit den leicht abgewandelten Worten des „Dichterfürsten“ Schiller sagen können: „Und hinter uns in wesenlosem Scheine liegt, was uns einst gebändigt: das ‚Gemeine‘.“

Kurt Schmitters

„Dat vasteh´ ick nich“

Eindrücke von der 10. Dokumenta in Kassel oder: Über den Revisionismus der Visualität

Von Berlin aus für 100,-- DM nach Kassel zur Dokumenta, incl. Bahnfahrt und Tageskarte. Das verspricht doch mal einen Tag voller Kultur, warum also nicht. Mein fachkundiger Freund und Begleiter legte mir als Erstes eine Mappe mit diversen Zeitungsausschnitten vor, sowie den documenta X (dx) - Kurzführer zur Einstimmung.

[8]) Das konsequente „Jein“ der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ zur Individualität, ein Meisterwerk „staatsraisonierender“ Dialektik, ist nachzulesen in: Konrad *Hesse*, *Grundzüge des Verfassungsrechtes der Bundesrepublik Deutschland*, Heidelberg [20]1995, S. 55f. (Rdnr. 116); Dieter *Hesselberger*, *Das Grundgesetz.* Kommentar für die politische Bildung, Bonn [10]1996, S. 73f. (Rdnr. 6 zu Art. 2 GG).

Das alles ist zwar etwas früh für mich (Abfahrt 5 Uhr 58, wahrlich nicht meine Zeit, ausser um ins Bett zu gehen), aber was soll´s.
Die Journaille macht sich hauptsächlich über die dx-Chefin Catherine David her, wohl eine resolute Frau, nicht gerade medienfreundlich, versucht sie eben ihre Vorstellung einer letzten großen Kunst-Schau in diesem Jahrhundert in Kassel durchzusetzen. Es ist eine Art Retrospektive ("zurück nach vorn")[1] , Fotographien der 20er und 30er Jahre, Fluxus der 60er Jahre, Agit-Kunst der 70er Jahre, aber eben auch Gegenwartskunst - Installationen, Multimedia etc. Bildende Kunst ist so gut wie gar nicht vorhanden, und auch sonst wird alles als ziemlich grau empfunden, zu wenig Farbe.
Beim ersten Eindruck von Kassel (grauer Bahnhof und die ersten Häuser) fallen mir sofort die alten Sponti-Kabarettisten ein, Die drei Tornados, bei denen es mal hieß: Wer Hannover kennt dem gefällt es überall. Vom alten Hauptbahnhof, der jetzt zum Kunst-Bahnhof avancierte verläuft ein "Austellungsparcours" durch die Straßen-Unterführungen, über Deutschlands erster Fußgängerzone der Nachkriegszeit[2] , zum Fridericianum, zum Ottoneum, der documenta-Halle und runter zum Ufer der Fulda in die Orangerie. Wir hatten uns rund 8 Stunden Zeit gegeben diesen Parcours zu bewältigen um "Deutschlands Kunstereignis des Jahres" in Augenschein zu nehmen.
Zu unserer Überraschung waren wir nach ca. dreieinhalb Stunden am Ende des Parcours und traten den Rückweg über einige Antiquariate (die ziemlich enttäuschend waren) an. Der erste grobe Eindruck war: langweilig, humorlos, intellektuell verquast - kurz: staatstragend. Der oder die KünstlerIn macht heute ein Video zur Aktion zum Objekt und hofft, daß der Katalog dazu die richtige Intention wiedergibt. Der Witz, daß Besucher im Museum vor dem Feuerlöscher stehen und sich wundern, dass sie im Katalog nichts darüber finden, ist längst nicht mehr komisch.
Wenn Verwirrungen entstehen, mag das ja noch zum Nachdenken anregen: Zu meiner Kinderzeit hiess es: Nur Narrenhände beschmieren Tisch und Wände. Dann haben wir uns darüber hinweggesetzt und politische Parolen an triste Mauerwände gesprüht: Alle Macht der Phantasie! (etc.). Die heutige Jugend hat das wörtlich genommen und sprayte Graffitys usw., weshalb sie heute mit Sonderkommandos gejagt werden. Nun empfindet jemand es als Kunst, wenn im Treppenhaus des frisch gestrichenen (Kultur-) Bahnhofs jemand mit Filsstift fein-säuberlich seine Gedanken niederschreibt. Das ist mir jedes Jugendkulturzentrum mit seinen "vollgeschmierten" Wänden lieber. Und was halten wir davon, wenn Unkraut auf toten Gleisen gepflanzt (!) wird - welche intellektuellen Qualen muß dieser Künstler durchlebt haben, um uns seine schwerwiegende Botschaft im richtigen Ambiente präsentieren zu können? Welche Metapher durchzuckte hier im Geniestreich des Künstlers Hirn?
Sind KünstlerInnen vielleicht doch nur intellektuell vereinsamte Menschen, die dank Internet und Video (und einem halbwegs guten Buch über die Kunstgeschichte dieses Jahrhunderts) ihre Langeweile für teures Geld an noch langweiligere Menschen verkaufen?

---

[1] Faltblatt zur dx Kassel 1997, vom 21. Juni bis 28. September.

[2] Kassel ist schon deshalb so häßlich, weil es von der Architektur der 50er und 60er Jahre geprägt ist, da es im Krieg als Ort mit Rüstungsindustrie stark zerstört worden ist.

Joseph Beuys proklamierte, daß jeder Mensch ein Künstler sei, und damit haben wir uns eigentlich seit Dada schon eingerichtet - der Unterschied aber zwischen denen, die Kunst machen und auch als Künstler angesehen werden liegt in der Bezahlung, in ihrem Wert auf dem (Kunst-)Markt, und in ihrer Intention sich auf dem selbigen anzubieten und anzubiedern. Die Kunst ist (im negativen Sinn) alltäglich geworden, und es ist ein Politikum, daß diese „Alltäglichkeit“ einen hohen Preis hat. Wir brauchen uns ja auch nicht vor zu machen, die documenta ist ein Spiegel der etablierten Kunst, egal wie weit Kunst als solches es in unserer Gesellschaft gebracht hat.
Ich mag aber nicht mehr vor einem „Etwas” stehen, und mir mit Hilfe eines Kurzführers erklären lassen, was es nun bedeutet. Ich will Bilder, die mich in Entsetzen oder Erstaunen versetzen. Ich will Objekte, die “Oh´s” oder “Ah´s” mir entlocken, ich will nicht mit im nachhinein kunstvoll durchgeführten Interpretationen auf Projekte aufmerksam gemacht werden müssen, die die Gegenstände selbst nicht in der Lage sind zu geben.
Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich meine weder den “röhrenden Hirschen” noch Statuen wie den “kettenzerreißenden Freiheitshelden”.
Um nun mal was positives zu sagen: Beeindruckend waren z.B. die Aquarelle der Nancy Spero, einer amerikanischen Künstlerin, die sehr intensiv gegen den Vietnamkrieg Ende der 60er Jahre anmalte, und Krieg prinzipiell als Männlichkeitswahn auf drastische Weise entblösste. Oder der deutsche Hans Haacke, der in New York arbeitet und lebt, und mit seiner Concept Art Immobilienspekulationen künstlerisch aufdeckt, oder von Firmen, die sich durch Kunstsponsoring hervortun, Aussagen gegenüberstellt, die nichts mehr zivilisatorisches an sich haben. Beeindruckend waren auch die neuzeitigen Arbeiten des israelischen Künstlers David Reeb (geb. 1952), der Pressefotos über Kämpfe in Nahost auf grossformatige Bilder überträgt. Sie sind frei von jeder Moral und/oder Schuldzuweisung. Sie dokumentieren lediglich die Angst vor einem neuen Krieg in seiner Heimat. Gefallen haben mir auch die österreichischen Zwillingsschwestern Christine & Irene Hohenbüchler. Neben witzigen Gebrauchsmöbeln präsentieren sie immer wieder Arbeiten, die zusammen mit Insassen von Gefängnissen oder Nervenheilanstalten entstanden sind, als Gemeinschaftsarbeiten. Sie sehen sich nicht als TherapeutInnnen, sondern eher als Co-Künstlerinnnen. Dies führt zu Arbeiten mit hoher Poesie und Witz.
Man kann also durchaus nicht sagen, daß alles nur scheiße gewesen wäre, und schon gar nicht kann die Fähigkeit der Austellungsmacherin Catherine David in Zweifel gezogen werden. Der Kunstbetrieb ähnlich natürlich der Wirtschaft, ist eigentlich am Ende. Die selbstherrliche Elite ist längst nicht mehr ihr Geld wert. Und ein derartiger, herrlicher Querulant wie Horst Janssen, der Kunsthändler und Ausstellungsmacher zur Mafia zählte, und Konsumenten für Idioten, die Kunst nur dann erkennen würden, wenn genügend Nullen am Preis sind, ist leider z.Zt. nicht in Sicht. So sind wir denn alleine mit Mafiosis und Idioten, fahren nach Kassel und begutachten die sogenannte Kunst im auslaufenden Jahrtausend.
Egal, es war ein netter Tag, wir hatten uns einiges zu erzählen, wo wir uns doch schon länger nicht mehr gesehen hatten, und die Kunst blieb halt zurück in einer Stadt, die sonst nicht viel zu bieten hat. (Da schüttelt sich der Reim.)

Uwe Timm

Wieviel Erde braucht der Mensch ?

Anmerkungen zum Text der "Glücklichen Arbeitslosen"

In seiner Erzählung "Wieviel Erde braucht der Mensch?" beschreibt Leo Tolstoi einen Bauern, der immer mehr Land besitzen wolte und sich daher ins Baschkirenland begab, um dort für sein Geld möglichst viel Land zu erwerben. Aber die Baschkiren wollten ihr Land nicht einfach verkaufen, sie machten eine Bedingung: "Wir verkaufen nur nach Tagen. Soviel Land du an einem Tage umschreiten kannst, ist dein, und der Preis für einen Tag ist tausend Rubel." Aber, so wurde es dem Bauer Pachom erklärt, sein Geld wäre verfallen, käme er nicht an den Platz zurück, von dem er ausgegangen sei. Pachom nahm dieses Angebot an; er machte sich am frühen Morgen auf den Weg, um bis zum Sonnenuntergang möglichst viel Land zu umschreiten. Er dachte, so an die fünfzig Werst werde ich wohl an einem Tage zurücklegen können, und so werde ich sicher viel, sehr viel Land für meine 1000 Rubel bekommen. Guten fruchtbaren Boden, Äcker und Wiesen, Pachom lief und rannte bis zur völligen Erschöpfung, um den vereinbarten Punkt bis zum Sonnenuntergang zu erreichen. Mit letzter Kraft erreichte er sein Ziel, ein Baschkir rief noch: "Ach, du Prachtkerl, viel Land hast du dir erworben", aber aus dem Munde von Pachom stürzte das Blut - Pachom war tot. Nun blieb für Pachom nur noch ein Grab, genauso groß wie er war, vom Kopf bis zu den Zehen.
Der Bauer Pachom, der viel Land für sich wollte, hatte sich totgelaufen, genauso wie sich Menschen totarbeiten, wenn sie sich in ihrer Arbeit verschleißen, sich selbst unter Druck setzen, um noch diese oder jene Position zu erreichen, ständig konsumieren müssen, um sich auch eine scheinbare Akzeptanz bei ihren Mitmenschen zu verschaffen, womit sie sich dann einen Herzinfarkt, ein Magengeschwür, einen frühen Tod einhandeln. Ebenso kann die Arbeit an einem Stahlkocher, ein jahrelanges Abrackern auf dem Bau Invalidität, den frühen Exitus bedeuten.
In diesem Sinne müssen sich die "Glücklichen Arbeitslosen" nicht rechtfertigen, brauchen auch gar nicht zu begründen, warum ihnen "Arbeit" zuwider ist, sie in Unabhängigkeit von jeglicher Mühsal und Plage leben wollen. Diese Menschen sind in ihrem Selbstwertgefühl nicht getroffen, ihnen wurde in der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit bewußt, die Möglichkeiten der "freien Zeit" für sich kreativ zu nutzen. Sie werden sich auch nicht in Trauer stürzen, weil die einen mehr, die anderen weniger haben. Überdies ist auch Armut ein sehr relativer Begriff. Ein Indianer, der noch sein Land besaß, aber keinen Mercedes, war ganz sicher nicht unglücklich. Der bewußte Mensch wird mit Tucholsky sagen: "Jedes Glück hat einen kleinen Stich. Wir möchten soviel: Haben. Sein. Und gelten. Daß einer alles hat: das ist selten."
Zur "marxistischen Ideologie" gehörte der "Arbeitszwang", die "Arbeitslager" und auch eine scheinbare Vollbeschäftigung in den kommunistischen Staaten, wobei es sich auch um eine gewisse Form "glücklicher Arbeitslosigkeit" handelte, denn gemessen an der

Produktivität, den erzielten volkswirtschaftlichen Daten, waren die erbrachten wirtschaftlichen Leistungen offenbar gering. Daß sich die Menschen an die Unfreiheit gewöhnt hatten, und daran, daß Partei und Staat ihnen das Denken abnahmen, zeigt eine gewisse Nostalgie, aber der Versorgungsstaat scheiterte auch ökonomisch und hinterließ eine bankrotte Wirtschaft. Der älteren Generation in der früheren DDR sei es gegönnt, aber sie wurde Nutznießer der Beitragszahlungen westlicher ArbeitnehmerInnen, kann daher etwas von der Welt kennenlernen, was ihr sonst kaum möglich gewesen wäre. Höhere Arbeitslosenquoten im Osten haben auch, von anderen Ursachen abgesehen, mit dem früheren System zu tun, was gerne ignoriert wird. Christen empfinden Arbeit als Religion ("ora et labora") Arbeit als die ethische Pflichterfüllung im menschlichen Dasein. Im Dritten Reich wurde die "Arbeit" verherrlicht, wurden "Arbeitslager" für angeblich "Arbeitsscheue" eingerichtet, gab es - wie im Kommunismus - Zwangsarbeit. Darin unterscheidet sich eine libertäre Weltanschauung von den "ideologische Anmaßungen": In der libertären Tradition findet sich keine Verherrlichung der Arbeit, weder als Religion noch als ein Muß, lediglich als Akzeptanz einer Basis der materiellen Existenz von allen. Freiheit der Arbeit, Befreiung der Arbeit vom Wucher, von der kapitalistischen Ausbeutung, ökonomische Unabhängigkeit als Voraussetzung für die Verwirklichung der individuellen Freiheit - all das charakterisiert den libertären "Arbeits"-Begriff. Das Individuum wird nur entsprechend seinen Bedürfnissen arbeiten, mehr oder weniger, aber niemals zu Lasten anderer.
John Henry Mackay schrieb sehr treffend: "Arbeit: die Menschen sind ja völlig wahnsinnig geworden. Das Arbeitsfieber hat sie ergriffen ... Leben? Zum Leben ist keine Zeit mehr da. Ich lobe mir dagegen die Freiheit, die mir gestattet, in ihr ein arbeitsames oder ein faules Dasein zu führen. Beides erlaubt die Freiheit (wenn auch das letztere nur in einem immerhin etwas begrenzten Maße."
Menschen, die sich nicht betätigen, weder intellektuell noch physisch, ihrem Leben keinen Sinn geben, es nicht zu schätzen wissen, verzichten auf eine Entwicklung zur selbstbewußten Persönlichkeit. Nur wer sich selbst bejaht, wird auch andere Menschen akzeptieren. Menschen werden von Emotionen beherrscht, positive und negative.Wer nur sieht, was andere sind, haben oder sein werden, empfindet Haß, Neid, Mißgunst. (Dergleichen ist durchaus nicht ungefährlicher als eine miese Arbeit) Den "Glücklichen Arbeitslosen" wird niemand ihr Glück verwehren, aber auch in ihren Texten findet sich Frustration, ein seitenlanges Ringen um eine Anerkennung, die sie glauben für sich selbst finden zu müssen. Sozusagen eine beachtliche Arbeitsleistung, aber ihr Text ist auch ein Dokument der Selbstaufgabe, der Resignation vor einem Kapitalismus, den sie mit ihren Forderungen nicht beeindrucken können.
Aber sie wollen sich von den Arbeitslosen, die nur in den Tag hineinleben, sich nicht artikulieren, auch bei keiner Demonstration zu finden sind, durch eine scheinbare Provokation unterscheiden. Immerhin wird von ihnen "Glückliche Arbeitslosigkeit" nicht als bloße Utopie, sie wird im Sinne ihrer VerfechterInnen als eine tätige und ernste Aufgabe verstanden.
Diese "Glücklichen Arbeitslosen" wollen "arbeiten", auch dafür sorgen, daß "Arbeitslose" den Wert der Muße erkennen, sie die einmalige Alternative nutzen, selbst ein kreatives Leben zu leben. Freilich eine Erkenntnis, wonach schon viele Bundesbürg-

erInnen leben, insoweit diese kaum noch bereit sind, wie der Bauer Pachom durchs Leben zu rennen, um noch dieses und jenes zu haben oder erreichen zu wollen. Hier hat sich, besonders in der jüngeren Generation, ein begrüßenswerter positiver Wertewandel schon längst vollzogen.
Der Amerikaner Jeremy Rifkin erteilte der Bundesrepublik Deutschland dieses Lob: " Die Deutschen sollten sich gratulieren. Sie haben nach dem zweiten Weltkrieg die fortschrittlichste, humanste Gesellschaft der Welt aufgebaut."
Rifkin meinte den Lebensstandard, kurze Arbeitszeiten, lange Urlaubszei-
ten, hohe Einkommen und damit ein - aus seiner Sicht - äußerst erfolgreiches Leben der Deutschen. Eine leistungsfähige Wirtschaft war und ist auch die Grundlage für soziale Leistungen.
Bei den alten Griechen, vielleicht war Aristoteles ein glücklicher Mensch, beanspruchten die Herren für sich die Muße, wollten ihren Neigungen leben, während die Barbaren körperliche Arbeit zu leisten hatten. Arbeitende Menschen mußten sich kürzere Arbeitszeiten erkämpfen, selbst wenn man einräumen muß, daß eine Grundvoraussetzung hierfür die Nutzung der Technik war.
Leider verbreiten die "Glücklichen Arbeitslosen" in ihrem Text auch Klischees, haben anerzogene Vorurteile nicht überwunden, orientieren sich an gewisse Halbwahrheiten, Zerrbilder - fatalerweise wie einst Eduard von Schnitzler im DDR-Fernsehen.
Eduard von Schnitzler verstand sich in seinem "Schwarzen Kanal" auf Schattenseiten, identifizierte damit die gesamte bundesdeutsche Gesellschaft, sah diese nur als ein armseliges Opfer des Kapitalismus. Wer aus einer Realität nur einige Punkte ausklammert, weil sie in sein ideologisches Konzept passen, verfälscht diese und verhindert Kenntnisse, die zum Verstehen und zur Bewältigung der ganzen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Realität notwendig sind. In den Pfandhäusern von London kannte sich Karl Marx gut aus, aber selbst die bittersten Erfahrungen brachten ihn nicht dazu, sich mit der Geldfrage, den Vorteilen der Geldbesitzer, intensiver zu beschäftigen, als es in seinem Werk der Fall war. Der Befreiung vom Kapitalismus, auch vom Arbeitszwang, ja gar einem Weg zur Muße in der eigenen freien Entscheidung waren diese Defizite nicht sehr dienlich.
Da es in der BRD einen Arbeitszwang nicht gibt, freilich immer noch eine staatliche Reglementierung, wogegen sich die "Glücklichen Arbeitslosen" berechtigt wehren, ist die Frage "Arbeit" oder "Muße" eigentlich gar kein Thema, denn niemand wird zur Arbeit gezwungen.
Durch Automation und Rationalisierung werden Arbeitsplätze eingespart, in einigen Bereichen auch neue geschaffen, aber Technisierung ist nicht die Hauptursache einer kapitalistisch-staatlich bedingten Erwerbslosigkeit. Gerade weil diese Ursachen nicht erkannt und beseitigt werden, wozu auch die Finanzierung der Kapitalkosten gehören, sind es genau diese Ursachen, warum manche Betriebe in einer verstärkten Rationalisierung eine Kostenerleichterung suchen. Wenn in Hamburg Parks verwildern, öffentliche Einrichtungen geschlossen werden, Lehrer keine Anstellung finden, obwohl dringend gebraucht, geht das nicht zu Lasten der neuen Technologien. Die sogenannte Arbeitslosenquote läßt sich nicht mit der jeweiligen Anzahl von Industrierobotern begründen. In Japan kamen auf 10 000 Beschäftigte 338 Roboter, in Singapur 112, in

Schweden 92, in der BRD gerade 69. Trotz hoher Arbeitslosigkeit besteht ein akuter Bedarf an qualifizierten MitarbeiterInnen. Dies namentlich im Bereich der Printmedien, der Datenverarbeitung - besonders groß ist gegenwärtig die Nachfrage nach CAD-Spezialisten (Computer Aided Design). Beim Einwand, das wäre nur etwas für "Qualifizierte" wird übersehen, daß es in den Städten/Gemeinden genügend notwendige einfache Arbeitsplätze gibt, die schlicht aus Kostengründen nicht besetzt werden (Staatsverschuldung, Zinskosten). Die Argumentation, Maschinen seien generell schuldig an der Arbeitslosigkeit, wurde mit einer gewissen Vehemenz schon immer vertreten, worüber sich die Nutznießer des Kapitalismus freuen können: Nicht der Kapitalismus (Privilegien auf Zahlungsmittel, Geld-und Bodenmonopol) sei schuldig, sondern die Technisierung. Genauso einfältig wie die These, gäbe es weniger Ausländer im Lande, hätten die Deutschen mehr Arbeit.
Merkwürdigerweise standen die Linken mit der Technik schon immer auf Kriegsfuß, und leider haben sie auch erhebliche Probleme mit der Ökonomie und der Soziologie. Das hängt wohl damit zusammen, daß die linken Ideologen statisch denken, nie dynamisch und schon gar nicht differenziert.
Einige Beispiele mögen das verdeutlichen: " Dieses Gefühl von Nützlichkeit gibt es in 95 % aller Jobs nicht mehr. Der "Dienstleistungs"-sektor beschäftigt nur Dienstboten und Computeranhängsel, die keinen Grund haben, stolz zu sein. Selbst ein Arzt fungiert nur noch als Handelsvertreter der pharmazeutischen Konzerne. Wer kann von sich noch behaupten, er mache sich nützlich...Alleiniges Ziel jeder einzelnen Arbeit ist, den Gewinn des Unternehmens zu steigern und ebenso ist auch alleinige Beziehung des Arbeites zu seiner Arbeit sein Gehalt..."
Wenn die "Glücklichen Arbeitslosen" behaupten, es würde in 95 % aller Jobs kein Gefühl von Nützlichkeit mehr geben, so ist das ihr Bild, nur es deckt sich nicht mit der ganzen wirtschaftlichen Realität.
Die Zahl der "interessanten und auch nützlichen Berufe" wurden seit der Jahrtausendwende nicht weniger, sondern diese Zahl ist gestiegen (besonders für Frauen), und dieses in fast allen Bereichen. Auch arbeitet die Mehrheit der Arbeitnehmer keineswegs in den großen Betrieben (Mercedes usw.), sondern im Handwerk, in den mittelständischen Bereichen. In der BRD arbeiten 6,1 Mio. Menschen im Handwerk.
Es mag Ärzte geben, die sich nur als "Handelsvertreter" der pharmazeutischen Konzerne verstehen, aber das ist nicht die Normalität, weil es auch verantwortungsvolle Ärzte gibt, bemüht, mit den neuesten Kenntnissen (alternative Medizin, Ernährung, Psyche) Menschen zu helfen, zu heilen. Die Moderatorin bei einem Fernsehsender, die Pilotin bei der Lufthansa, die Redakteurin bei einer großen Zeitung, die Dolmetscherin, die Fremdsprachenkorrespondentin, die Kran-kenschwester, sie alle denken nicht von sich, unnütz zu sein. Wissen aber zu leben, betrachten keineswegs Arbeit als den einzigen Sinn in ihrem Leben. Freizeit besitzt einen hohen Stellenwert, unabhängig von sonstigen Ansichten. Es gibt miese Chefs, schlechte Arbeitbedingungen usw., aber eben auch nicht als Regel. In zahlreichen Betrieben herrscht sogar ein gutes Betriebsklima, werden Leute keineswegs schikaniert, werden Mitbestimmungsrechte durch die Belegschaft, Betriebsräte wahrgenommen. Es ist ein Grundirrtum der "Glücklichen Ar-

beitslosen", sie müßten die Arbeitswelt als "Ganzes" schwarzmalen, um damit ihre "glückliche Arbeitslosigkeit" zu begründen oder zu rechtfertigen.
Es gibt sicher Arbeiter, deren Beziehung zur Arbeit nur das Geld ist, aber es gibt Handwerker, Zimmerer, Installateure, wie es auch Ingenieure -Konstrukteure gibt, denen wohl die Bezahlung wichtig ist, die aber keineswegs ausschließlich am Geld interes-siert sind.
Ein Betrieb, der keinen Gewinn macht, besitzt weder die Mittel für notwendige Investitionen noch für soziale Leistungen. Gewinn wird nicht nur fälschlich negativ betrachtet, sondern auch hier fehlt offenbar noch jedes Verständnis für eine notwendige Differenzierung. Gewinn und Kapitalerträge sind grundverschiedene Dinge. Kapitalkosten muß ein mittelständisches Unternehmen (dieses haben die "Glücklichen Arbeitslosen" als Sponsor anvisiert), ebenso Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, auch dann zahlen, wenn es überhaupt keinen Gewinn macht. In dieser Frage sind die Banken gnadenlos, ebenso der Staat. Der Gedanke, Anteile vom Kapitalertrag zu verlangen, geht schon eher in die richtige Richtung, nur ist in dieser Frage die Ursache wesent-lich, die in einem falschen Geldsystem (Geldmonopol) liegt und die gesamte Wirtschaft mit ständig steigenden Kapitalkosten belastet. Daß aber Mehrwert aus der Zirkulationssphäre entsteht, dem Geld-Kapitalmarkt, hatte Marx ignoriert: "Die Zirkulation oder der Warenaustausch schaffen keinen Mehrwert."
Weil es immer Arbeit geben wird, auch eine Automation uns davon nicht befreien kann, bleiben auch die "Glücklichen Arbeitslosen" immer von den Arbeitsleistungen der "arbeitenden Menschen" abhängig. Ihre vereinfachte Formel, möge doch der Staat gut für uns sorgen, steht in einem Konflikt mit der ökonomischen Realität: der Staat ist nämlich pleite. Und dieser Staat wird, besonders wenn sich 1998 eine große Koalition durchsetzen läßt, ziemlich unpopuläre Maßmahmen treffen: Kürzung der Bezüge für Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Rentner. Mit höheren Abgaben und Steuern sind die Arbeitenden nämlich nicht mehr einverstanden. Junge Leute klagen bereits beim Bundesverfassungsgericht, weil sie die hohen Beiträge für die "staatliche" Rentenversicherung nicht mehr bezahlen wollen.
Und die "Glücklichen Arbeitslosen" wollen doch wohl auch, daß die "ArbeiterInnen" in ihren Leistungen sehr arbeitssam, zuverlässig und vorallem auch sehr tüchtig sind. Oder möchten sich "Glückliche Arbeitslose" von einem untüchtigen Arzt operieren lassen, die defekte Gasheizung oder das Auto einem Pfuscher zur Reparatur überantworten? Wenn sie sagen, sie würden keine Lohnarbeit suchen, ist das eine sehr mißverständliche Aussage, denn was läßt sich gegen eine gute Lohnarbeit einwenden (der volle Arbeitsertrag war einmal eine Grundforderung des Sozialismus), wenn es für die LohnarbeiterInnen ein gutes Einkommen bedeutet?
Wer macht was, wenn alle "glücklich arbeitslos" sind? Arrogante Mißachtung für alle Menschen, die in der Landwirtschaft, im Handwerk, in den ständig erforderlichen Dienstleistungen, Schulen, Krankenhäuser, Verkehr, Energie, Sielbau, Sanitäranlagen, auch Forschung, Wissenschaft, Enwicklung, kontinuierlich ihre Ar-beitsleistungen einbringen, auch wenn ihnen ihre "Arbeit" sicherlich häufig zum Halse raushängt? Derjenigen immerhin, von denen die "Glücklichen Arbeitslosen" wohl erwarten, daß jene dummen "Spießer" sie mit Subsidien, entspringend aus Überschüssen ihrer

"Dummheit" (sprich: Arbeit), durchfüttern, weil ja auch ein "Glücklicher Arbeitsloser" nicht allein von Liebe, Luft und Sonnenschein leben kann (eine Haltung, die wohl eher in einen sozialistischen Versorgungsstaat passen würde als in eine nach libertären Grundsätzen funktionierenden Gesellschaft, die die Eigenverantwortlichkeit und Eigeninitiative eines jeden fordert - mehr fordert als jede staatliche Zwangsordnung, deren Ketten ja, wie die geschichtliche Erfahrung lehrt, immer auch einen gewissen Halt bieten?
Nun sollte die "Glücklichen Arbeitslosen" niemand daran hindern, sich selbst zu organisieren, aber dazu gehört das Eintreten für ein "selbstbestimmtes Leben", wobei nicht sicher ist, ob sie sich in dieser Frage, wie es häufig bei den Linken der Fall ist, nicht selbst überschätzen. Forderungen an andere, auch an Institutionen zu stellen, ist immer die einfachste Sache. So heißt es im Text: "Wenn der Ar-beitslose unglücklich ist, so liegt das nicht daran, daß er keine Arbeit hat, sondern daß er kein Geld hat...Wie wir sehen werden, bietet der „Glückliche Arbeitslose" an, diesen Mangel durch die Suche nach unklaren Ressourcen auszugleichen..." Nun wird, wie erwähnt, das kapitalistische Geldsystem gerade von den Linken überwiegend unkritisch akzeptiert, damit auch das "leistungslose" Einkommen aus der Kapitalverzinsung, weshalb es nicht ohne Pikanterie ist, wenn die „Glücklichen Arbeitslosen" an einem System beteiligt werden möchten, das bedingt durch eine einseitige Kapitalanhäufung die Reicher reicher, die Armen ärmer macht. Ihnen ist auch nicht klar, daß selbst der Besitz von Aktien breit gestreut ist, auch ArbeitnehmerInnen Aktionäre sind, die wesentliche Gewinne durch den spekulativen An-und Verkauf erzielt werden. Sie möchten von einem mittelständischen Unternehmer adoptiert werden, bei dem sie allerdings keine Lohnarbeit leisten würden, vonwegen der "Ausbeutung", der ihnen aber das nötige Geld für ein glückliches Leben zahlen soll. Eine Grundkenntnis fehlt den "Glücklichen Arbeitslosen" leider völlig: Produktion und Distribution können niemals ohne Angebot und Nachfrage, ganz und gar nicht ohne das Kostenprinzip wirtschaftlich funktionieren. Denn in der Endlichkeit der Ressourcen läßt sich jede Vergeudung und jedes Schmarotzertum nur mittels des Kostenprinzips unterbinden. Der Sozialismus marxistischer Prägung ist auch daran gescheitert, weil es ein funktionsfä-higes Preissystem nicht gab, die Ar-beitsproduktivität niedrig war, Anreize zu einer sparsamen (ökologischen) Wirtschaftsführung ausgeschaltet waren, es keine Trennung gab zwischen den Produzenten und Konsumenten, damit auch keine zwischen den Faulen und den Fleißigen. Auch der gutbezahlte Facharbeiter, der für seinen Lebensstandard die Ausbeutung der "Dritten Welt" nutzte, wird im Rahmen einer Globalisierung seine Ansprüche reduzieren müssen. Wie immer auch eine soziale "Grundsicherung" (unabhängig von einer alternativen Wirtschaftsordnung) diskutiert wird, diese ist abhängig von einer möglichen wirtschaftlichen Gesamtleistung, wird sich daher unterhalb der durchschnittlichen Arbeitseinkommen bewegen. Auch der Anteil aus der Bodenrente wäre abhängig von den Pachterlösen, die erwirtschaftet werden müssen. Berechtigterweise wird von den "Glücklichen Arbeitslosen" die staatliche Bürokratie bei der Auszahlung von "Sozialgeldern" unter Beschuß genommen. Nicht von ungefähr hat der Ökonom Milton Friedmann (von den Linken oft gescholten, aber alles haben diese wohl nicht gelesen) die Auffassung vertreten: Die Armen-Gelder gehen vor allem für die Gehälter drauf, die

unsere hochbezahlten Krieger im Kampf gegen die Armut beziehen. Im Sozialstaat bestimmen die Beamten, was für die Armen gut ist. Dieser Zustand der Entmündigung sei zu beseitigen. Nach Friedmann sollte die "öffentliche Fürsorge" im Interesse der Bedürftigen effizienter geregelt werden, dafür sollte eine Negativsteuer eingeführt werden und Menschen, deren Einkommen unterhalb einer festgesetzten Grenze liegt, erhalten vom Finanzamt einen Bargeldzuschuß, worüber die Empfänger frei und ohne jede Einmischung des Staates verfügen können. Eine "glückliche Arbeitslosigkeit" ist für jene, die staatliche Privilegien genießen, über genügend angelegtes Kapital verfügen (das sich an jedem Tag verzinst) oder ein Erbe verbrauchen, tägliche Realität. Dazu gehören pensionierte Politiker ebenso wie "verdiente" Beamte.
So gibt es Wohlstandsarbeitslose schon lange, dazu gehört auch die gegenwärtige Erbengeneration und diese besitzt gute Aussichten, wenn man bedenkt, daß allein in Deutschland in den nächsten Jahren rund eine Billion Mark (!) in Geld- und Sachwerten vererbt wird.
Gute Zeiten, sonnige Zeiten, aber von den Wohlstandsarbeitslosen auf Mallorca ist da weniger Gutes zu hören: "Das Einerlei der Sonnentage...werde nur noch durch die Wahl der Alkoholica variiert. Morgens Cognac, mittags Weißwein, abends Rotwein, da-zwischen die Hausbar. Hinter vorgehaltener Hand wird die Geschichte eines Architekten erzählt, den der Glücksakkord aus Sonne, Wein, Finca und Total-Freizeit vor ein paar Wochen direkt in die geschlossene Anstalt führte..."(Spiegel Nr.33 / 11.8.97)
Diese Menschen, die ihre Eltern beerben, von denen nicht wenige sich tatsächlich totgearbeitet haben, nur damit es der Nachwuchs mal besser haben sollte, besitzen keine Weltanschauung, kein politisches Bewußtsein, sie zeigen uns aber, daß Menschen, die sich selbst als lebendiges Individuum nicht schätzen, keine kreative Existenz begründen, Alternativen, die das Leben, ein einmaliges Geschenk für jeden Menschen, jedem von uns bietet, nicht wahrnehmen, sich selbst zerstören.
Das Recht auf eine "glückliche Arbeitslosigkeit" ins Gespräch zu bringen, ist mehr als zu begrüßen, aber diese Visionen sollten nicht mit einer Kapitulation vor dem Kapitalismus verbunden werden.

Thomas Müller

Presseschau

Betrügerische Versicherungen, betrügerischer Staat

„Die versicherungsfremden Leistungen von Renten - Kranken - und Arbeitslosenversicherung beliefen sich nach Berechnungen des Instituts der deutchen Wirtschaft (IW) 1994 auf rund 197 Mrd DM. Davon mußten 127 Mrd DM von den Beitragszahlern finanziert werden, 70 Mrd DM wurden durch Zuschüsse aus dem Staatshaushalt abgedeckt.“ (in Der Dritte Weg, Nr. 9/ 1996, S.15)

„Die Krankenkassen sind nicht verantworlich für den gigantischen finanziellen Verschiebebahnhof, auf dem seit Jahren die Gelder der Krankenkassen umgeleitet werden, um Löcher in anderen Sozialkassen zu stopfen und somit indirekt den Bundeshaushalt zu entlasten.“
(in Barmer aktuell, Nr. 4/96, S.6)
„Insgesamt hat dies die gesetzliche Krankenversicherung 1995 in einer Größenordnung von ca. fünf Milliarden Mark belastet.... Ohne diese Problembereiche und ohne den Verschiebebahnhof des Rentenreformgesetzes hätten die Krankenkassen im Jahr 1995 schwarze Zahlen geschrieben und das Beitragsniveau spürbar senken können.“ (Bundesgesundheitsminister Seehofer am 5.März 1996 zu dem politisch verursachten Defizit der gesetzlichen Krankenkassen, in Barmer aktuell, Nr. 4/96, S. 6)
„Damit die Kassen daran gehindert werden, das politisch verursachte Defizit durch Beitragserhöhung abzubauen, soll jede Beitragserhöhung automatisch zu einer erhöhten Zuzahlung für die Versicherten führen.“ (in Barmer aktuell, Nr. 4/96, S. 8)
„Den Krankenkassen werden trotz Wettbewerb nur wenige Instrumente und Gestaltungsmöglichkeiten für wirtschaftliches Handeln zugestanden. Im Gegenteil: Die Spielräume der Krankenkassen sind sehr gering, denn 95 % aller Leistungen sind gesetzlich festgelegt....Bis heute fehlen klare Signale der Politik für einen Abbau des Risikostruktur-Ausgleichs (RSA). Die enormen Subventionszahlungen an andere Kassen - die TK (Techniker Krankenkasse) rechnet in diesem Jahr (1997) mit 7 Milliarden Mark - können nur mit Beitragserhöhungen aufgefangen werden.“ (in TK aktuell, Nr.1/97, S.2)
Das sind einige der unverschämten Wahrheiten, die uns zugemutet werden. Der gleiche Seehofer, der noch im März (siehe oben) von einem „Verschiebebahnhof“ spricht, wirft den Krankenkassen sechs Monate später verschwenderische Leistungsausgaben vor. Ist der Mann schizophren? Nein, er ist nur Politiker.
„Der Sozialstaat Deutschland ist weder kopflos entstanden, noch existiert er prinzipienlos.... Und einen Teil der politischen Stabilität der Bundesrepublik verdanken wir dem ach so gescholtenen Sozialstaat. Es wird Zeit, daß der Sozialstaat wieder Verteidiger findet.“ (Bundesminister Norbert Blüm in der Wochenzeitung „Die Zeit“, 19. September 1996)
„Entgegen allen Beteuerungen von Bundesminister Norbert Blüm (CDU) wird der Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung im nächsten Jahr über 20 Prozent des Bruttoeinkommens steigen.“
(Berliner Morgenpost, 15.11.96, S.1)
Auch hier muß die Frage nach der Schizophrenie gestellt werden und das ist noch die harmloseste Verdächtigung. Ein Schizophrener lügt jedenfalls nicht bewußt.
So wird unter dem Deckmantel der Verteidigung des Sozialstaates den Leuten das Geld aus der Tasche gezogen.
Die gesetzlichen Versicherungen, die ursprünglich mal als Schutz für die ArbeitnehmerInnen gedacht waren, um sie bei Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit nicht finanziell im Regen stehen zu lassen, haben ihre Schutzfunktion längst verloren. Die Arbeitslosen, Kranken und Rentner haben keinerlei vertraglichen Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen, sondern sind dem Willen des Gesetzgebers und dessen finanzieller Disposition hilflos ausgeliefert.

Bei jeder Bank kann mensch heutzutage Sparpläne abschließen, wo exakt ausgerechnet wird, wieviel mensch nach so und sovielen Jahren mindestens ausbezahlt bekommt. Nicht so bei den staatlichen "Versicherungen". Hier wird hemmungslos umverteilt, verschwendet und gestrichen und das alles auf Kosten der Einzahler - ein einziger Betrug!
Keine Bank könnte es sich leisten, so mit ihren Sparern umzugehen, die Menschen würden ihr Geld sofort woanders hintragen.
Das Volk wird hemmungslos ausgeplündert. Jetzt soll z.B. die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte erhöht werden, was sich auf alle Preise auswirkt. Der Staat verdient immer mit. Unser Einkommen ist bereits versteuert (Lohn-, Einkommenssteuer), dazu die diversen Abzüge für die oben genannten "Versicherungen", da bleibt eh schon wenig übrig. Öffentlicher Nahverkehr (um überhaupt zur Arbeit zu kommen), öffentliche Schwimmhallen, öffentliche Büchereien, auch der neue Personalausweis oder Reisepass, alles muß extra bezahlt werden. Wofür wird das ganze Geld ausgegeben? Es werden auf unsere Kosten Schulden gemacht, die durch den Zinseszinseffekt immer astronomischere Höhen erreichen.
Kleinere Verdiener wie ich (3.100 DM brutto) fallen bei Arbeitslosigkeit unter die 1.000 DM - Grenze. Wie soll mensch bei den Wohnungsmieten heutzutage davon leben? Ich schreibe hier aus der Sicht eines Betroffenen, das ist keine Theorie.
Und dann sagt Blüm noch, was denn daran unsozial sei, wenn Arbeitslose für einen Lohn arbeiten sollen, der das Arbeitslosengeld nicht übersteigt! Also soll ich für 980 Mark 37 Stunden arbeiten oder was? Es wird überhaupt nicht der Versuch gemacht, Existenzminima zu fixieren oder eine Art soziale Grundrente einzuführen. Im Gegenteil, mensch hat eher das Gefühl, sie wollen einem das Wenige, was man hat, nämlich menschliche Würde, auch noch nehmen.
Eine Nebenbeschäftigung, wie z.B. Putzen oder Zeitungen austragen, darf man nicht annehmen, da das auf das Arbeitslosengeld angerechnet wird!
Selbsthilfe ist also nicht erlaubt, mensch soll sich richtig schön schlecht und unwert fühlen. Bei der Sozialhilfe sieht es wohl ähnlich aus, ich kann dazu glücklicherweise aus eigener Erfahrung (noch) nichts sagen.
Es ist daher aus meiner Sicht ein großer Fehler, diese angeblich sozialen Versicherungen zu verteidigen. Blüm selbst versucht sich als Verteidiger des Sozialstaates zu profilieren, in dem er behauptet, nur dadurch, daß die Leute mehr Geld zahlen, könnten die Leistungen überhaupt aufrechterhalten werden, z.B. Renten. Und innerhalb der Logik seines schizophrenen Sozialstaatsdenkens hat er recht. Viele Obdachlose und soziale Schwache haben bereits damit begonnen, Selbsthilfeaktionen zu entwickeln (Wohnungen, Suppenküchen, Zeitungsverkauf). Dies ist der richtige Ansatz. Die Gesellschaft sollte sich vom Staat befreien, sollte seinen Einfluß zurückdrängen, da er unproduktiv ist. Er kann nur geben, was er zuvor genommen hat, und meist weniger. Wir trauen dem Staat nicht, da er die Kleinen klein hält und gegenüber den Großen kuscht. Daher ist es an der Zeit enstprechende Organisationen aufzubauen, die dem Monopol des Staates etwas entgegensetzen, z.B. Tauschringe und alternative Verrechnungssysteme, aber auch private Versicherungen. Dies ist noch ein langer Weg, aber ich bin mir sicher, daß irgendwann der Staat als Alleinherrscher über die Gesellschaft genauso abstirbt wie bestimmte Staatsideologien schon gestorben sind.

Ignazio Silone in seinem Buch „Notausgang“:
„Offenbar liegt es an der Art, wie die Fürsorge gehandhabt wird. Vor allem ist der Apparat weit kostspieliger als notwendig, denn zwischen dem, was das staatliche Unterstützungswesen kostet (in Italien fast die Hälfte der gesamten Staatseinnahmen) und den Summen, die schließlich als Renten ausgezahlt werden, ist allmählich ein groteskes Mißverhältnis entstanden....“

Anmerkung der Redaktion:
Silone beschrieb vor über dreißig Jahren, wie die Kosten der „staatlichen Bürokratien“ steigen, der Nutzen für die betroffenen Menschen immer geringer wird, aber er sah auch deutlich die Tendenz, daß die „armen“ und die „reichen“ Bürger verstärkt Ansprüche an den Staat stellen, sie sich vom Staat „verwöhnen“ lassen, auf jede Eigenverantwortlichkeit verzichten und damit auch auf jede Solidarität mit den Armen, Kranken und den Alten. Der Staat, wie von Thomas Müller beschrieben, erschwert und verweigert den Menschen jede Selbsthilfe. Nicht nur das, er verfügt selbstherrlich über einen Teil der Einkommen, verwendet diese für diese und jene Zwecke, was man zwar als „versicherungsfremd“ bezeichnet, wogegen es aber kaum Proteste gibt.

Rezensionen

„Anarchistischer Revisionismus“

H.J.Degen (Hrsg.)
Voraussetzungen des Anarchismus. OPPO-Verlag, 116 Seiten / DM 16,80

Daß die sozialen Bestrebungen, worunter auch der Anarchismus verstanden wurde, eine Neuorientierung erforderten, eine Überprüfung der traditionellen anarchistischen Positionen in einer veränderten Welt, davon waren Anarchisten überzeugt, die den Sieg des Faschismus, die Herrschaft des Kommunismus, den zweiten Weltkrieg, aber auch die veränderte Situation der breiten Massen in den westlichen Industriestaaten, verbunden mit einer falschen Einschätzung des Kapitalismus, erleben mußten.
Orthodoxe Marxisten lehnten alle Formen des Revisionismus als eine Verfälschung des Marximus ab, andere suchten zentrale Aussagen des Marxismus neu zu bewerten, gelangten zu einem Revisionismus, wie er auch von der Sozialdemokratie vertreten wird, um eine Integration im kapitalistischen Staat zu gewährleisten. Darunter wird ein Sozialstaat verstanden, der im Interesse des Kapitalismus seinen Beitrag zum sozialen Frieden leistet, dafür aber eine Existenzgrundlage für Parteifunktionäre/Gewerkschaftler in der Verwaltung der Armut bietet. Hier spannt sich heute ein weiter Bogen von den Sozialämtern bis hin zu den linken Professoren an den Universitäten, die ihren Stabilitätsbeitrag leisten, damit an einem Zustand der sozialen/ökonomischen Abhängigkeit nichts verändert wird.
Libertäre wie Rudolf Rocker, Diego Abad de Santillan, José Garcia Pradas, Augustin Souchy, Helmut Rüdiger u.a. bemühten sich um die Bewahrung ihrer Überzeugungen, aber eben auch darum, den Ideen der Herrschaftslosigkeit noch eine Zukunft zu geben. Die Voreingenommenheit innerhalb der sogenannten libertären-syndikalistischen Bewegung erwies sich als stärker, als nicht überwindbar und die Gedanken der "Revisionisten" fanden keine Resonanz. Santillan nennt in seinem Beitrag "Schiffbruch der Arbeiterbewegung" drei Gründe für das Scheitern der "freiheitlichen Bewegung":.. "Kult der materiellen Gewalt; die Lüge von der Klassenteilung der Gesellschaft, und den Mythos der Katastrophen-Revolution." Nach Santillan, zuvor aber auch für den Historiker des Anarchismus Max Nettlau, konnte eine wirkliche revolutionäre Bewegung keine Klassenangelegenheit mehr sein, sie müßte Arbeiter und Techniker, Beamte wie Forscher, Industrielle und auch Kaufleute einbeziehen.
Wesentliche Punkte, die verständlicherweise von den Linken, unverständlicherweise aber auch von den Libertären, ignoriert werden, spricht José Garcia Pradas an, wenn er unter der kapitalistischen Ausbeutung versteht:..."das Geld, der Zins, der Wucher, d.h. der Betrag, der als Entschädigung für die Benutzung fremden Kapitals gezahlt werden muß. Das Charakteristikum der neuen Ausbeutung. der staatlichen, das typisch für die moderne Form der totalen Regierung erscheint, ist die Steuer ... Tribut der besiegten Gesellschaft an den siegreichen Staat. Von diesem Standpunkt aus wäre in der neuen Lage der Kampf gegen die Steuer in Form des Steuerstreiks wichtiger als der Kampf gegen Kapitalzins und die Grundrente..."
Zwar wurde von den Anarchisten der Staatskommunismus kritisiert, aber sie versäumten es völlig, was auch heute noch weitgehend der Fall ist, gegenüber den gescheiterten Linken eigene Positionen zu vertreten, Gedanken und Ideen zu entwickeln, Zeichen und Beispiele zu setzen, die einer libertären Entwickung dienlich wären.
Die vorliegenden Texte bieten aktuelle Anregungen, vertiefen die Erkenntnis, daß blinde Buchstabengläubigkeit der Vergangenheit angehören sollte, Libertäre nur dann

eine Zukunft besitzen, wenn sie Fragen der Gegenwart, insbesondere auch der Ökonomie/Soziologie, undogmatisch überdenken und sich einer offenen Diskussion öffnen.
Daß der Zusammenbruch des "Kommunismus im Ostblock" von den Libertären nicht als Chance genutzt werden konnte, hängt schlicht damit zusammen, daß sie selbst über einen aufgewärmten Marxismus (1968) nie hinauskamen. Die Parole "Bakunin und Marx" in einer Front, verdeutlichte, daß Anarchisten in einer kaum noch zu überbietenden Naivität glaubten, da wäre den "staatssozialistischen Mechanismen" nur noch ein Hauch Freiheit einzuflößen, aber die Basis für die notwendige Ökonomie bietet Karl Marx. Ein fataler Irrtum; besonders verhängnisvoll, weil eine kritische Analyse des Marxismus-Sozialismus weitgehend unterblieben ist.
Dazu gehörte ein Revolutionsmythos, eine geradezu törichte Verherrlichung einer sogenannten Arbeiterklasse, aber auch die kritiklose Übernahme von marxistischen Positionen, die weder für die Überwindung des Kapitalismus noch der Realisierung einer "herrschaftslosen Gesellschaft" geeignet sind.
Der Herausgeber Hans Jürgen Degen hat sich nicht mit der Veröffentlichung vorliegender Texte namhafter Autoren begnügt, er bietet eine eigene höchst aktuelle Aufarbeitung, vermittelt Aussagen, die für eine Gegenwartsdiskussion eine Basis bieten. Das ist ein Angebot an Libertäre, die ihre Außenseiterrolle überwinden wollen, sich nicht mehr damit abfinden, daß die Anarchisten sich stets außerhalb der Geschichte stellen.
Wenn H. J. Degen die Auffassung vertritt, daß sich der Anarchismus nur in einer pluralistischen Gesellschaft verwirklichen läßt, in dieser auch unterschiedliche politisch-ökonomische Gesellschaftskonzepte möglich sein müssen, es also Konkurrenz geben wird, auch wenn die verschiedenen Gruppen eine Konsensfindung anstreben, Gedanken wie sie auch Malatesta äußerte, läßt sich nur bedauern, daß auch in dieser Frage noch immer monopolistisch gedacht wird. Zielsetzungen, wie sie etwa von der früheren Mackay-Gesellschaft vertreten wurden, besonders hinsichtlich der Auflösung des Staates in autonome Rechts- und Sozialgemeinschaften, dazu gehörten auch Diskussionsansätze in Fragen der Ökonomie, der staatlichen und wirtschaftlichen Monopole (Geld-Boden-Steuer) sowie von Offenen-Betriebsassoziationen in den marktbeherrschenden Unternehmen, besitzen noch immer eine besondere Aktualität. Irrelevant war aber ein Einlassen auf eine Auseinandersetzung über das Etikett Anarchismus, denn wichtiger war - das gilt auch für die Texte der libertären Revisionisten - eine Resonanz der inhaltlichen Forderungen, die - wie es auch der Alternative Friedenspreis für Zubes Buch "Manifest" zeigte, außerhalb der erstarrten libertären Bewegung gegeben war. Daß Menschen, die an einer emanzipierten Gesellschaft interessiert sind, durch belastete Begriffe abgewehrt werden, eine Denkblockade entsteht, war auch Rudolf Rocker bewußt, der sich in seinen letzten Lebensjahren als "freiheitlicher Sozialist" verstand.
Hans Jürgen Degen hält am Begriff Anarchismus fest, betont aber auch: "Anarchismus kann (natürlich) keine gesellschaftsverändernde Kraft sein, wenn er sich permanent der Gesellschaft verweigert, die gesellschaftliche Realität ausblendet; wenn er sich permanent in"Messianismus" ergeht, sich in Visionen flüchtet."

Erfreulich wäre, wenn nicht nur die vorliegenden Texte, sondern eine noch existierende libertäre Literatur wieder mehr Beachtung findet. Dafür besteht genügend Veranlassung!

U.T.

Wenn Lügen kurze Beine haben,
muß man sich fragen,
warum Politiker überhaupt welche haben.

"Der Sozialismus ist human, ist demokratisch oder er ist gar nicht"

Zwei Texte von Karl Rezlaw

Mit großem Interesse habe ich die Beiträge zum 100.Geburtstag von Karl Retzlaw gelesen. Sie erscheinen mir wichtig, gerade weil seit dem überraschenden Zusammenbruch des "realen Sozialismus" von fast allen Seiten behauptet wird, damit habe der Sozialismus sein Ende gefunden. Den Sozialismus hat es nie gegeben!
Eine Rückbesinnung und Neuorientierung auf, bzw. an den alten sozialistischen Grundforderungen, nämlich Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität erscheint mir dringend notwendig. Das klingt in der Broschüre erfreulich an. Ich unterstreiche die Feststellung von Uwe Timm: "...Und es bleibt die Zuversicht, daß eine menschliche Gesellschaft nur dann eine Zukunft besitzt, wenn es keine Gründe mehr gibt, uns gegenseitig zu unterdrücken, auszubeuten und zu erniedrigen. In dieser Grundidee bleibt ein wirklicher Sozialismus das Ideal einer befreiten Menschheit." (S. 53)
Natürlich stimme ich nicht mit allen Aussagen, Forderungen und Thesen der sechs Autoren (Karl H. Schneider, Peter Bernhardi, Karl Retzlaw, Wolfgang Abendroth, Peter Schütt und Uwe Timm) überein.
So "überhöht" Karl Retzlaw z.B. Lenin in seinem Beitrag über dessen 100. Geburtstag. Da möchte ich nur auf die langjährige massive und wie sich herausgestellt hat, richtige Kritik Rosa Luxemburgs an Lenins Konzepten hinweisen, die heute fast vergessen zu sein scheint.
Eine ganze Reihe von Fragezeichen sind bei Peter Schütts Beitrag, "Gegen die die Legende vom heroischen Antifaschismus der Kommunisten", notwendig. Schütt bezieht sich auf die Broschüre "Die deutschen Kommunisten", die Karl Retzlaw Ende des 2. Weltkrieges in England verfaßt hat. Retzlaws Kritik war hart, auch mir schien sie früher in etlichen Aussagen überzogen, aber - was man heute wissen kann - bestätigt sie nachdrücklich. Diese Kritik greift Schütt auf, es scheint mir allerdings, als lasse er seine bitteren Erfahrungen in und mit der DKP über Gebühr einfließen.
Insgesamt aber hat der Arbeitskreis KARL LIEBKNECHT eine sehr empfehlenswerte Veröffentlichung vorgelegt. Ich hoffe, daß sie viele LeserInnen zu Karl Retzlaws Buch "SPARTAKUS

Aufstieg und Niedergang - Erinnerungen eines Parteiarbeiters" führt, von dem Rudi Dutschke zu Recht schrieb, daß er hoffe, dieses Buch würde zur Pflichtlektüre für alle Sozialisten werden.

Felix Mohr

Die Broschüre zum 100. Geburtstag von Karl Retzlaw ist gegen Überweisung von 6,50 DM auf das Postbankkonto 5152 26-605, Karin Puck, Postbank Ffm, BLZ 500 100 60 erhältlich.
Karl Retzlaws "SPARTAKUS" gegen Überweisung von 34,-- DM (Sonderpreis), inkl. Porto und Verpackung.

Not, Zucht und Ordnung

Katharina Rutschky (Hg.),
Schwarze Pädagogik
Ullstein Tb, 618 Seiten, ill., 30,00 DM

Mit dem von ihr herausgegebenen Sammelband "Schwarze Pädagogik" nahm sich Katharina Rutschky einiges vor. Auf über sechshundert Seiten werden "Quellen zur Naturgeschichte der bürgerlichen Erziehung" zugänglich gemacht. Die rund zweihundert Texte aus dem Zeitraum vom frühen 18. bis zum beginnenden 20. Jahrhundert dokumentieren eindrucksvoll, mit welcher Zwanghaftigkeit und bisweilen Grausamkeit im Namen einer rationalistisch und humanistisch sich gebärdenden Zivilisationsvernunft ursprüngliche, spontane kindliche Regungen kontrolliert, reglementiert oder gar abgewürgt wurden. Auf einer zufällig aufgeschlagenen Seite mit einem Abdruck aus einem pädagogischen Handbuch aus dem Jahr 1851 etwa wird deutlich, daß die "Demütigung als Erziehungsmittel" durchaus Methode war und auch hatte. Selbst in den Äußerungen eines Fröbel oder Pestalozzi zeigen sich entsprechende problematische Passagen. So vertrat und artikulierte letztgenannter beinahe apodiktisch die Auffassung "Wer noch lernt, darf nicht urteilen".
Interessant ist die Vielfalt literarischer Ausdrucksformen, in der die Ideologie einer "Zerstörung der Welt durch Unterricht" sich ausdrückte.
Diese reichen von der betulich-moralisierenden Erzählung bis zum Aufsatz eifernden, scharfmacherischen Zuschnitts, vom erbauerlichen Poem wie Gellerts "Die Affen und die Bären" bis zu Fröbels ausgeklügelten Darlegungen über Ball, Kugel, Würfel und Stäbchenspiele. Naturgemäß ließen sich aus dieser Epoche auch Gegenbeispiele anführen: Etwa Max Stirners bis heute unübertroffene Darstellung "Das unwahre Prinzip unserer Erziehung" oder, wenn auch mit Einschränkungen, gewisse Hervorbringungen Rudolf Steiners.
Doch das sind weiße Raben; der Grundtenor ist unverkennbar. Und der Witz bei der Sache ist letztlich der, daß sich bis heute wenig geändert hat, sondern allenfalls in sub-

tileren Ausformungen oder mit umgekehrten Vorzeichen darbietet. Ließe sich eine vor 150 Jahren geforderte "Anleitung zur richtigen Klassifizierung der Schülerantworten" nicht unschwer auf die Gegenwart beziehen? Eine Gegenwart, in der beileibe nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene zunehmend in unverschämt und zugleich läppisch wirkender Art von Schulfuchsern und Besserwissern gegängelt und belehrt werden. Der Schritt vom ominösen "mündigen Bürger" zum dressierten Affen scheint wesentlich kürzer zu sein als gemeinhin angenommen wird. So erscheint ein Sammelband wie der vorgängig beschriebene nach wie vor höchst aktuell.

Hanns Schaub

Mitteilungen

Die Grüne Freiwirtschaft

Zugeschickt wurde uns die neueste Ausgabe von **Alternative 2000 - Zeitschrift für neues Denken in Politik und Gesellschaft. Nr. 24 / Herbst 1997.** Diese Zeitschrift versucht inhaltliche Annäherungen zwischen Grünen und Freiwirtschaft, und beschäftigt sich u.a. theoretisch mit Tauschringen. Sie setzt sich für eine sozialliberale Wirtschaftsordnung ein. Die Schlagzeile: „Bündnisgrüne - Reformkraft oder nur kleineres Übel?“ zeigt deutlich das Dilemma auf. Es gibt keine Alternativen (zumindest was die staatstragenden Institutionen angeht).
Bezug: Anlternative 2000 c/o Georg Otto
Gänseberg
31079 Eberholz

Deutscher Herbst

Im ID-Verlag Berlin ist jetzt erschienen: **RAF - Texte und Materialien zur Geschichte der RAF. (542 Seiten / 49,80 DM).** Nach all dem publizistischen Wirbel der letzten Zeit um das Thema „Deutscher Herbst 1977“ liegt hier nun eine der wenigen authentischen Bücher vor. Es enthält hauptsächlich Texte der RAF aus der Zeit von 1970 - 1996, wovon die meisten verboten, oder nur auf illegale Weise zu erhalten waren.
Die Hilflosigkeit des Staates sich mit dem Phänomen des bewaffneten Widerstandes auseinanderzusetzen, wird bis heute nur mittels Arroganz und eines noch größeren Gewaltpotentials begegnet. Wenn Politiker heute über das Opfer H. M. Schleyer reden und ihre Staatsräson, die sie durchsetzten, dann grinst der Ex-Innenminister heute noch, und am liebsten wäre es ihm sowieso gewesen, wenn er die Stammheimer Gefangenen dem Mob auf der Straße zum Lynchen überlassen hätte. Genauso hat der Staat alles daran gesetzt die Todesumstände von Stammheim zu vertuschen, sodaß ein staatlich sanktionierter Mord bis heute nicht ausgeschlossen werden kann.

Daß die RAF nichts, aber auch gar nichts mit Anarchismus zu tun hatte wissen die meisten von uns natürlich. Nichtsdestotrotz hielt der Staat an der Begrifflichkeit „anarchistische Gewalttäter“ fest. Damit waren zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Diese Marxisten/ Leninisten/Maoisten *meinen*, und jeden Anarchisten mit Gewalttäter automatisch gleichsetzen.
Der Dokumentenband ist durch eine Bibliographie und ein Register sehr gut erschlossen.

Theodor Plievier
Der Karin Kramer Verlag Berlin wies uns darauf hin, daß der Text **„Anarchie“ von Theodor Plievier** (bei uns abgedruckt in Espero Nr. 9, S. 3-6) ebenfalls in einer erweiterten Fassung in dem Buch „Vom Wesen der Anarchie & vom verwesen der Wirklichkeiten“ (1989) enthalten sind. Von diesem Buch, einem wunderbaren Lesebuch (176 Seiten / Großformat / 22,--DM), gibt es noch wenige Exemplare direkt über:
Karin Kramer Verlag
Niemetzstr. 19
12055 Berlin
Spendenaufruf

Ja, wir wissen es. Laufend geht es ums Geld, jeder will ständig was (Espero ist auch darauf angewiesen). Diesmal geht es aber um was anderes: Die italienischen Freunde wollen eine Broschüre mit dem Titel **„Revolutionäre Solidarität“** in deutsch publizieren. Wir haben ihnen unsere Unterstützung zugesagt. U.a. geht es darum ca. 400,--DM für den Druck aufzutreiben, und da wir auch nicht so viel haben , bitten wir Euch darum. Wenn jeder etwas dazu gibt dürfte das eine Kleinigkeit sein. Außerdem sind unsere italienischen (und deutschen) Freunde eifrig dabei Texte zu übersetzen (u.a. von Aldredo Bonanno, der meines erachtens in Europa einer der wenigen Anarchisten ist, der sich mit der *Jetztzeit* auseinandersetzt und einiges zu sagen hat). Außerdem könnten die Gefangenen in Italien auch Geld gebrauchen usw. Wer also etwas übrig hat, der Spende bitte an das Espero-Konto mit dem Stichwort „Italien“. Danke.

Kibbuz-Wirtschaft

Von **Gerhard Senft** ist in der Edition Wilde Mischung Bd. 15 (Vlg. Monte Verita) das Bändchen **„Aufbruch in das gelobte Land - Ursprünge der Kibbuz-Wirtschaft“** erschienen. Das Buch beleuchtet auf 66 Seiten die ursprünglichen Ideen der zionistischen Kibbuz-Bewegung von Theodor Hertzka. Die Ideen waren ja nicht schlecht, aber...
Der Preis für das Buch ist leider nicht bekannt, aber sicherlich in jeder besseren Buchhandlung erhältlich.

So lange es Staaten gibt wird es Kriege geben.

Da aber Staaten noch lange bestehen werden, wird es noch lange Kriege geben, Kriege, die sich erfahrungsgemäß an Scheußlichkeit, Grausamkeit, Wildheit und Raffiniertheit in den angewandten Mitteln, wenn auch wohl nicht mehr an Dauer, übertreffen werden.
Der Kampf sollte daher nicht in der Folge: dem Kriege, sondern der Ursache: dem Staate gelten.
Nicht 'Krieg dem Kriege!', sondern 'Krieg dem Staate!' müßte es heißen.

John Henry Mackay; Abrechnung

AurorA-Bücher-Info

Das neue **AurorA-Bücher-Info** ist soeben verschickt worden. Wer also noch Lesefutter für den Winter braucht und es bisher nicht bekommen hat, kann es kostenlos bestellen bei:
AurorA-Buchversand
Knobelsdorffstr. 8
14059 Berlin

Kalender für 1998

Für alle, die die Tage nicht selber zählen möchte erschien der **Kalender der Graswurzelrevolution** (12,80 DM) mit dem Themenschwerpunkt: Globalisierung.
Der von Ralf Landmesser herausgegeben **anarchistische Kalenda 98** ist ebenfalls schon erschienen. Glückwunsch.

Espero - Sondernummer Heft 1:
Markus Henning
MAX STIRNERS EGOISMUS
40 S. / 5, --DM / Originalausgabe
300 numerierte u. signierte Exemplare

Espero-Sondernummer Heft 2:
Alfredo Bonanno
Max Stirner und der Anarchismus
30 S. / 6,--DM / Originalausgabe

NEU * NEU * NEU * NEU * NEU
Espero-Sondernummer Heft 3:
p.m.
Der arbeitsfreie Mittwoch /

Für eine planetare Alternative
ca. 30 S. / 5,--DM

Espero-Sondernummer Heft 4:
Uwe Timm
Was ist eigentlich Faschismus
61 Seiten / 10,--DM /Originalausgabe

Espero-Sondernummer Heft 5:
Harry Rosina
Jean Améry - P-R-A-U-S-T oder: Der Letalfaktor
ca. 30 S. / ca. 5,--DM /
Originalausgabe

+ 1,50 DM Porto in Schein/Briefmarken
Bezug über die Espero-Redaktion.
Wiederverkäuferinnen erhalten Rabatt.